

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft



Teures Pflaster – warum?

Blasenkrankheit: Grundstücksmärkte in Aufruhr
Die Stadt und ihr Boden – Hans Bernoulli zum 140.
Negativzinsen: Bisherige Erkenntnisse

Liebe Leserinnen und Leser,

Seit dem Brexit-Votum ist das Pflaster in London nicht nur teuer, sondern auch ganz schön heiß! 2008 hatte es schon einmal eine Immobilienkrise gegeben, nun droht die Blase erneut zu platzen. Britische Immobilienfonds liegen wieder auf Eis, Anteile können nicht zurückgegeben werden. Andererseits könnten Menschen, für die ein Haus in London unerschwinglich geworden war, von den nun erwarteten fallenden Hauspreisen profitieren – sofern nicht mit den Immobilienpreisen die ganze Wirtschaft einbricht und sie ihren Job verlieren.

In Deutschland droht jetzt insbesondere der Finanzplatz Frankfurt noch teurer zu werden. Inzwischen warnt die Bundesbank vor aus dem Ruder laufenden Immobilienpreisen in deutschen Großstädten. Die Preise lägen bis zu 20 Prozent über den Werten, die fundamental zu rechtfertigen wären. Von einer Immobilienblase will die Bundesbank aber immer noch nichts wissen.

Wieso steigen die Preise und warum entstehen Blasen? Über Zusammenhänge klärt Dirk Lohr auf (S. 4). Die steigenden Immobilienpreise haben vor allem mit den sinkenden Zinsen zu tun. Doch statt steigender Zinsen – die fatal wären – brauchen wir jetzt dringend Mittel gegen die Spekulation mit Immobilien! Daher kann die Bedeutung der derzeit in Deutschland laufenden Grundsteuerreform nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Finanzminister fördern mit ihrem aktuellen Gesetzentwurf die Bodenspekulation noch. Daher ist es wichtig, dass sich schnell eine breite Lobby von unten für die alternative Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!« stark macht und die Pläne der Finanzminister verhindert (siehe www.grundsteuerreform.net/aktuelles).

Leistungslose Einnahmen aus Grund und Boden stehen nicht Eigentümern und Spekulanten zu, sondern allen Bürgern. Sie könnten per Grundsteuer abgeschöpft werden und entweder

- der Staatsfinanzierung dienen (Verlagerung der Steuern bis hin zu einer Single Tax, siehe S. 6/7) oder
- pro Kopf an die Bürger ausgeschüttet werden (als eine Art Grundeinkommen, siehe S. 9).

Gegen Spekulation hilft aber auch die von der INWO geforderte Bargeldgebühr. Denn sie ermöglicht erst weitere Zinssenkungen, die direkt große Spekulationskassen belasten würden. Normalbürger zahlen dann bei normaler Geldhaltung nur rund zwei Euro pro Woche, für Spekulanten dagegen wird's teuer. Zwei Euro pro Woche, das sollte uns ein funktionierendes Geldsystem wert sein, zumal dann auch die versteckten Zinsen in den Preisen geringer ausfallen.

Gut, dass inzwischen in hochrangigen Kreisen die Bedeutung des Bargelds erkannt wird (siehe S. 12). Helfen Sie der INWO, damit wir Einfluss auf den Verlauf dieser Diskussionen nehmen können. Gerade jetzt ist Ihre Unterstützung besonders wichtig!

Es grüßt Sie



Beate Bockting

Kontakt: Beate.Bockting@INWO.de

Inhalt

- 3 58. Mündener Gespräche vom 29.-30. Oktober 2016
- 4 Dirk Lohr:
Blasenkrankheit – Grundstücksmärkte in Aufruhr
- 8 Klaus Willemssen:
Eigentum verpflichtet – zu gar nichts
- 10 Vlado Plaga:
Die Stadt und ihr Boden – Hans Bernoulli zum 140.
- 12 Bericht von der Brookings-Konferenz:
Bisherige Erkenntnisse zu Negativzinsen
- 18 INWO Deutschland /
Felix Fuders am 12. September 2016
- 20 INWO Schweiz
- 22 Bericht vom GLS-Geldgipfel 2016

Impressum

FAIRCONOMY 12. Jahrgang, Nr. 3 Sept. 2016, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Auflage: 1.600 Exemplare

Bildnachweis: Titelseite: © Alexander Klaus / pixelio.de / Christina v. Puttkamer; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 5: © IRStone / fotolia.com; 7: © Thomas Reimer / fotolia.com / Christina v. Puttkamer; 8: © Karl-Heinz Laube / pixelio.de; 9: © Tiberius Gracchus / fotolia.com; 11: © Ebenezer Howard (1850-1928) / Wikipedia; 12-17: Konferenzfotos © Brookings Institution: www.brookings.edu/events/negative-interest-rates-lessons-learned-so-far/; 16: © Marcus Stark / pixelio.de; 21: © www.bezahlbare-wohnungen.ch; 23: © GLS Treuhand, abrufbar unter: www.glsbankstiftung.de; 24: © Peter Smola / pixelio.de

Layout: design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Mühlbauer Druck, Puchheim (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt Deutschland: INWO e.V., Wallstr. 57, 36199 Brühl, Telefon: +49 2232 156368,
E-Mail: INWO@INWO.de, www.INWO.de

Kontoverbindung:
INWO e.V. bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

Abo-Kontakt Schweiz: INWO Schweiz, Postfach 3161, 5430 Wettingen 3, Telefon: +41 56 426 60 90,
E-Mail: buero@INWO.ch, www.INWO.ch

Kontoverbindung:
Konto 40-963-0 bei der Freien Gemeinschaftsbank
IBAN: CH20 0839 2000 0040 0679 8
PC-Konto 30-1771-2, IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist ei-

ne Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Boden, Ressourcen und Atmosphäre sind Menschheitsgüter!



Während die klassische Ökonomie noch die Rolle der Natur bei der Hervorbringung des »Wohlstands der Nationen« (Adam Smith) im Blick hatte, betrachtet die Ökonomie seit rund einhundert Jahren das Sozialprodukt der Gesellschaft nur noch als Ergebnis des Einsatzes von Arbeit, Kapital und technischem Fortschritt. Boden und sonstige Ressourcen zählt sie zum Kapital und behandelt sie wie Waren, mit denen sich Handel treiben und spekulieren lässt.

Inzwischen erweist sich, dass diese Behandlung der natürlichen Lebensgrundlagen einerseits Privilegien schafft und – aus diesen folgend – Zwietracht hervorruft. Und andererseits führt sie mit der Übernutzung von Gemeinschaftsgütern zu schwerwiegenden ökologischen Fehlentwicklungen. Die gewaltsamen Konflikte um Ressourcen und die von der Erderwärmung ausgehende Zunahme von ökologischen Ungleichgewichten sind hierfür unübersehbare, bedrohliche Anzeichen.

Beide Krisenentwicklungen werden in Zukunft, wenn sie nicht gebremst werden, immer mehr Menschen in existenzielle Not bringen und zur Flucht aus ihrer bisherigen Heimat zwingen. Es wird daher höchste Zeit, dass sich eine genügende Anzahl von Menschen bewusst wird, dass der Boden, die Ressourcen und die Erdatmosphäre gemeinschaftliche Güter aller Menschen sind, deren private Nutzung zwar möglich bleiben muss, aber nicht länger wildwüchsig erfolgen darf.

Dieser Grundgedanke stand bereits einmal im Mittelpunkt der sog. Bodenrechtsreformbewegung. Der amerikanische Sozialreformer Henry George betrachtete im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts nicht nur den Boden, sondern auch die Ressourcen und die Erdatmosphäre als »Land« und gemeinschaftliches Gut aller Menschen. Und der deutsche Sozialreformer Silvio Gesell widersprach der Rede von der »englischen Kohle«, dem »deutschen Kali« oder dem »amerikanischen Erdöl«. Er betrachtete alle irdischen Ressourcen als gemeinschaftliche Menschheitsgüter, für deren private Nutzung

durch die Weltgemeinschaft Nutzungsentgelte erhoben werden sollten, welche sodann in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an jeden einzelnen Menschen zurückfließen sollten.

Bisherige Versuche, die Nutzung von Umweltgütern mit Preisen zu belegen, wie die Öko-Steuer oder die CO₂-Zertifikate, bleiben noch weit hinter den Grundgedanken der Bodenrechtsreformbewegung zurück. Letztere bedürfen aber der Aktualisierung und Weiterentwicklung. Der friedens- wie der umweltpolitische Gehalt dieser Weiterentwicklungen soll in diesem Herbst bei den Mündener Gesprächen ausgelotet werden. ■

Achtung:
neuer Termin & neuer Veranstaltungsort!

Die 58. Mündener Gespräche finden am 29./30. Oktober 2016 in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal statt.

Weitere Informationen und Anmeldung unter:
www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html

Programm 58. Mündener Gespräche in Wuppertal

Samstag, 29. Oktober 2016

- 9.15 Uhr **Begrüßung und Einführung in die Tagung**
Dipl.-Volksw. Ass. jur. Jörg Gude
- 9.30 Uhr **Die Bodenrente und ihre Wiederentdeckung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**
Dr. Norbert Olah, Neuss
- 10.45 Uhr Kaffeepause
- 11.00 Uhr **Ansätze einer effizienten und gerechten Ressourcennutzung**
Dr. Henning Wilts, Leiter des Geschäftsfelds Kreislaufwirtschaft am Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 14.30 Uhr **Ökologische Steuerreform – eine Totgeburt?**
Prof. Dr. Dirk Lühr, Hochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld
- 16.00 Uhr Kaffeepause

- 16.30 Uhr **Ökologisches Grundeinkommen – freiheitliche Umwelt- und Sozialpolitik**
Dr. Ulrich Schachtschneider, Oldenburg
- 18.00 Uhr Abendpause
- 20.00 Uhr **»Warum eigentlich genug Geld für alle da ist«. Buchvorstellung mit Klezmermusik**
Stefan Mekiffer, Philosoph, Berlin und Waldeck

Sonntag, 30. Oktober 2016

- 9.15 Uhr **Bodenreform und Menschenbild**
Fritz Andres, Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll
- 10.15 Uhr Kaffeepause
- 10.45 Uhr **Diskussion zum Vortrag und zusammenfassendes Rundgespräch**
- 12.30 Uhr Ende der Tagung



Sozialwissenschaftliche Gesellschaft

Blasenkrankheit: Grundstücksmärkte in Aufruhr

Sinken die Zinsen, steigen die Bodenpreise. Insbesondere in Metropolen wie London. Dirk Lühr vergleicht den britischen und den deutschen Bodenmarkt und stellt fest: Der englische Patient hat einen deutschen Bettnachbarn.

Seit 1996 steigen in Großbritannien die Preise auf dem Markt für Wohnimmobilien, unterbrochen durch die Weltwirtschaftskrise, fast kontinuierlich an. Nicht anders als in Deutschland ist die Preisdynamik aber regional sehr unterschiedlich. Während auf dem flachen Land kaum Preissteigerungen zu verzeichnen sind, gehen die Preise in London durch die Decke. Während dort im Jahr 1996 eine Wohnung im Durchschnitt 81.000 Pfund kostete, liegt der Wert heute bei 430.000 Pfund.¹ Dies macht einen durchschnittlichen Preisanstieg von 8,7 Prozent pro Jahr aus.

Der Löwenanteil des Preisanstiegs ist nicht auf steigende Baukosten zurückzuführen, sondern auf steigende Bodenwerte. Deutlich wird dies am Beispiel der Garage von ca. 13,6 qm Größe mit ungünstiger Zufahrt, die vor ei-

**Von den sinkenden
Kapitaleinkommen
der letzten Jahre hat
nicht der Faktor
Arbeit profitiert.
Vielmehr hat sich dies in
steigenden Bodenrenten
niedergeschlagen.**

niger Zeit für 360.000 Pfund, umgerechnet rund 467.000 Euro, an den Mann ging.² Die Bedeutung der Bodenpreise in den Agglomerationen – allen voran London – wird v.a. darin deutlich, dass bei dieser Garage allein die Lage nahe der U-Bahn-Station South Kensington ausreichte, um diese gigantische Summe zu erzielen. Während von den Bodenrenten und Bodenwerten der Garagen-Eigentümer profitierte, wird die U-Bahn freilich aus öffentlichen Mitteln sowie aus den Ticketpreisen der U-Bahn-Nutzer finanziert. Bodenwerte werden eben von der Gemeinschaft »gemacht«, und nicht von den Bodeneigentümern. Sie sind das Resultat »exter-

Tabelle 1: Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland in Deutschland

Jahr	2004	2006	2008	2010	2012	2014
Kaufwerte in €/m ²	77	82	80	91	94	106

Quelle: Statistisches Bundesamt (2016): Kaufwerte für Bauland, Fachserie 17, Reihe 5, 1. Vierteljahr 2016, Wiesbaden, S. 45. Online auf destatis.de. Es handelt sich hierbei nicht um einen Preisindex.

ner Effekte«, die in einer funktionierenden Marktwirtschaft eigentlich so weit wie möglich auf den Verursacher zurückgeführt werden sollten.

Auch die steigenden Immobilienpreise in Deutschland sind vornehmlich auf die ansteigenden Bodenwerte zurückzuführen; aufgrund der gestiegenen Anforderungen v.a. an die Energieeffizienz der Häuser dürfte hierzulande der Gebäudeanteil jedoch eine vergleichsweise größere Rolle ausmachen. Tabelle 1 zeigt die durchschnittlichen Kaufwerte für Bauland in Deutschland auf.

Gründe für den Immobilienpreis-Hype

Nachfolgend sollen zwei Erklärungsmuster für den Immobilienpreis-Hype dargestellt werden. Das erste bezieht sich auf das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, das zweite auf die abgezinsten Erträge aus Immobilien. Letzteres geht in wesentlichen Teilen auf David Ricardo (1772-1823) zurück; der Faden wurde von den »Geoklassikern« in der Nachfolge von Henry George aufgenommen. Es handelt sich um zwei Perspektiven auf dieselbe Medaille, die Erklärungsmuster stehen also nicht zueinander im Widerspruch.

Angebot und Nachfrage

Das erste Erklärungsmuster für die Preissteigerungen in Agglomerationen bezieht sich auf das klassische Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage. Generell sind verfügbare Flächen in den teuren Großstädten knapp. Das Angebot an Bauland ist »preisunelastisch«, kann also nicht beliebig als Reaktion auf einen Anstieg der Nachfrage ausgeweitet werden. Dies gilt in Großbritannien mit seiner Insellage und seiner vergleichsweise strikteren Landnutzungsplanung noch stärker als in Deutschland. Das Angebot an ver-

fügbaren Flächen konnte damit in Großbritannien nicht annähernd mit dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts der letzten Jahre mithalten. Das Wirtschaftswachstum war in Großbritannien höher als in Deutschland (s. Tabelle 2).

**Tabelle 2:
Reales Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Großbritannien und Deutschland³**

in v.H.	Großbritannien	Deutschland
2013	2,2	0,4
2014	2,9	1,6
2015	2,2	1,5

Hinzu kommen Sondereinflüsse, wie reiche russische Geschäftsleute, die die Immobilienpreise in London teilweise in astronomische Höhen trieben.

Die Antwort der Politik in beiden Ländern ist ähnlich phantasielos. Sie lautet: »Subventionen«.

Die deutsche Bundesregierung möchte über steuerliche Vergünstigungen und Kreditsonderprogramme den Wohnungsbau stimulieren. Am eigentlichen Engpass, nämlich den verfügbaren Flächen in den Städten, wird jedoch nicht angesetzt. Ein geeignetes Mittel hierzu, nämlich eine bodenwertbasierte Grundsteuer, wird im Zuge der derzeit verhandelten Grundsteuerreform offenbar gerade vertan. Somit trifft die durch Subventionen erhöhte Nachfrage nicht auf ein erhöhtes Flächenangebot. Es braucht keine prophetischen Gaben, um vorherzusagen, dass sich Wohnen in Zukunft noch stärker als heute zum »Luxusgut« entwickeln wird.

In Großbritannien ging die Regierung auch nicht klüger vor. Mit ihrem »Help-to-buy«-Programm goss sie sogar noch Öl ins Feuer:

Wer ein bis zu 600.000 Pfund teures Eigenheim kaufen will, muss nur fünf Prozent des Kaufpreises ansparen. Für die 95-Prozent-Finanzierung bürgt dann der Staat in Höhe von 20 Prozent. Auch hierdurch wurde zusätzliche Nachfrage erzeugt, ohne das Angebot an verfügbaren Flächen zu erhöhen.

Schließlich spielen auch noch institutionelle Faktoren eine Rolle: In Deutschland besteht immer noch das Gefühl einer passablen sozialen Absicherung durch die Sozialversicherungssysteme. In Großbritannien kommt Immobilien im Rahmen der erforderlichen privaten Vorsorge (v.a. für das Alter) eine wesentlich größere Rolle zu, was sich zusätzlich auf die Nachfrage auswirkt. Somit ist auch die Eigentumsquote mit 65 Prozent in Großbritannien höher als in Deutschland (45 Prozent).⁴

Wenn die Politik Altersvorsorge in Immobilienfonds etc. propagiert, übersieht sie jedoch einen wichtigen Punkt: Was den Bodenanteil der Immobilien angeht, ist volkswirtschaftlich eine Ersparnisbildung realwirtschaftlich gar nicht möglich. Sparen bedeutet realwirtschaftlich die Bildung von Kapitalgütern (Häuser, Maschinen etc.) zum späteren Verbrauch. Der Wert des Bodenanteils kann hingegen nur aufgeblasen werden, um zu einem späteren Zeitpunkt zu platzen.

Für den Fall, dass der britische Immobilienmarkt als Folge der Brexit-Entscheidung angeschlagen bleibt, kann dies für viele Briten ein erhebliches Problem darstellen. Mehrere milliarden schwere britische Immobilienfonds haben bereits aufgrund der Turbulenzen auf dem Immobilienmarkt den Handel mit den Anteilen eingestellt.⁵

Diskontierte Bodenerträge

Alternativ lassen sich die Bodenwerte »V« – grob (!)⁶ – aus den mit dem Realzinssatz »r« diskontierten Bodenerträgen (Bodenrenten) »R« ermitteln, also: $V \approx R/r$. Je höher also die Bodenrenten und je geringer der Realzinssatz, umso höher sind die Bodenwerte. Wie in Deutschland sanken in Großbritannien die Zinssätze in den letzten Jahren beständig ab, wenngleich in geringerer Intensität⁷; die britische Inflationsrate war jedoch gleichzeitig deutlich höher. Das Resultat waren extrem tiefe Realzinssätze »r« und eine vergleichsweise höhere Preisdynamik in Großbritannien.

Interessanter noch ist aber die Analyse der Bodenrenten »R«. Diese sind für die isolierte Analyse der Mietentwicklung ausschlaggebend. V.a. an dieser Stelle eröffnet sich die von Henry George eröffnete geoklassische Perspektive. Bodenrenten können als sozialer Überschuss interpretiert werden: nämlich als das Residuum, das verbleibt, nachdem aus dem Sozialprodukt Abschreibungen bzw. Ersatzinvestitionen, öffentliche Abgaben sowie die (Netto-)Entgelte für die mobilen Produk-

tionsfaktoren Arbeit und Kapital bezahlt wurden. Je höher die genannten Abzüge, umso geringer sind die Bodenrenten und umgekehrt.

Das Bruttoinlandsprodukt in Großbritannien ist pro Kopf zwar geringer als in Deutschland. Die Konjunktur in Großbritannien

diese in Großbritannien bei ca. 17 %, in Deutschland bei 20 % des Bruttoinlandsproduktes.

Die Kosten des mobilen Produktionsfaktors Kapital sanken in den letzten Jahren in beiden Ländern. 2001 betrugen die langfristigen Nominalzinsen im Durchschnitt noch 4,80 %



Großbritannien hängt (den Finanzsektor eingeschlossen) wie ein Drogenabhängiger an der Immobilienspekulation. Sie ist zur »Industrie« geworden – insbesondere in der Hauptstadt London.

schwankt zudem vergleichsweise stärker. Die Folgen der Finanzkrise sind immer noch nicht ganz überwunden. Die Wertschöpfung hat kaum das Niveau von 2008 erreicht. Auch hängt die britische Wirtschaft sehr an einer einzigen Branche, nämlich der Finanzindustrie. Andererseits sind die Wachstumsraten höher als in Deutschland (s. Tabelle 1), was sich auch in einer höheren Dynamik des britischen Immobilienmarktes zeigt. Entscheidend sind jedoch die Abzüge vom Bruttoinlandsprodukt, die vergleichsweise geringer ausfallen als in Deutschland:

Zunächst sind – stellvertretend für die Abschreibungen – aus Gründen der Datenvergleichbarkeit die Investitionen in fixes Kapital zu betrachten. Laut CIA Factbook⁸ liegen

(D) bzw. 4,93 % (GB). Bis 2015 fielen diese auf 0,50 % (D) bzw. 1,90 % (GB).⁹ Dieser Rückgang wurde in beiden Ländern nicht durch eine Zunahme der kreditfinanzierten Investitionen oder des kreditfinanzierten Konsums kompensiert, so dass der Anteil der Kapitaleinkommen in beiden Ländern sank – in Deutschland noch vergleichsweise stärker als in Großbritannien. Um ein Zwischenergebnis vorwegzunehmen: Lediglich bei den Kapitaleinkünften zeigt sich in Deutschland ein geringerer Abzugsposten als in Großbritannien.

Der zweite mobile Produktionsfaktor – Arbeit – legte ebenfalls in keinem der beiden Länder wesentlich zu. Die Lohnquote ging in Großbritannien von 1970 bis 2014 um gut 6

¹ O.V. (2015): Aus den Fugen – Immobilienpreise in London, in: brandeins, Hintergrund. Online: <https://www.brandeins.de/lesen/hintergrund/immobilienpreisentwicklung-in-london/>.

² O.V. (2016): Warum diese winzige Garage eine halbe Million Euro wert ist, in: Stern vom 18.2. Online: <http://www.stern.de/wirtschaft/immobilien/london--winzige-garage-bringt-bei-auktion-fast-eine-halbe-million-ein-6705498.html>.

³ Quelle: CIA Factbook (2016). Online: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>.

⁴ Statista (2016): Wohneigentumsquoten in ausgewählten europäischen Ländern im Jahr 2014. Online: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/155734/umfrage/wohneigentumsquoten-in-europa/>

⁵ O.V. (2016): Nach Brexit-Votum: Auch der größte britische Immobilienfonds schließt, in: Handelsblatt vom 05.07. Online: <http://www.handelsblatt.com/finanzen/immobilien/nach-brex-votum-auch-der-groesste-britische-immobilienfonds-schliesst/13831452.html>.

⁶ Genau genommen müsste der Realoptionsansatz angelegt werden. Vgl. Geltner, D.M., Miller, N.G., Clayton, J., Eichholtz, P. (2007): Commercial real estate analysis and investments, 2nd ed., Mason, OH, S. 729 ff.

⁷ Trading Economics (2016). Online: <http://www.tradingeconomics.com/united-kingdom/real-interest-rate-percent-wb-data.html>.

⁸ CIA Factbook (Fn. 4).

⁹ OECD.Stat (2016). Interest Rates. Online: <http://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=86>.

Prozentpunkte zurück – und sank damit geringfügig weniger als in Deutschland.¹⁰ Ausschlaggebend ist jedoch die in Deutschland vergleichsweise höhere Belastung mit Steu-

ben. Die mittlerweile auch niedrigen Realzinsen in Deutschland haben zudem zu einem »Anlagenotstand« geführt. Der Abstand der Preissteigerungsraten auf den deutschen und

len nicht Steuern und Abgaben gerade ein Instrument dar, um Schieflagen der primären Einkommensverteilung zu nivellieren? Die Bodenrenten und Bodenwerte konzentrieren sich in den Agglomerationen. Sie wurden nicht von den Eigentümern des Bodens geschaffen. Vielmehr handelt es sich um externe Effekte: Sie entstehen aufgrund der Zusammenballung von Menschen (v.a. Fachkräften) und von öffentlichen Leistungen (Infrastruktur), sowie glücklichen Umständen der Lage und Topographie. Diese von der Gemeinschaft geschaffenen Werte werden heutzutage privatisiert, obwohl sie – bei entsprechender sozialer Organisation – ausreichen würden, um die fixen Kosten des gesamten Staatswesens zu finanzieren. Dies besagt das Henry George-Theorem.¹⁷ Stattdessen wird auseinandergerissen, was zusammengehört: Weil die Bodenrenten nicht der Staatsfinanzierung zugeführt werden,

Tabelle 3:

Wachstumsraten der realen Immobilienpreise in Deutschland und Großbritannien

In v.H.	2001	2003	2007	2009	2011	2015
Deutschland	-1,8	-3,1	-0,7	1,0	3,7	4,5
Großbritannien	7,6	13,8	8,2	- 9,5	-4,5	6,5
Unterschied	9,4	16,9	8,9	10,5	8,2	2,0

Quelle: OECD.Stat (2016): Analytical House Price Indicators. Annex table 44: Real house prices. Online: https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=HOUSE_PRICES.

ern und Sozialabgaben: Der Tax Wedge, also der Unterschied zwischen Brutto- und Nettoeinkommen, beträgt in Deutschland ca. 50%, in Großbritannien sind es nur ca. 30%.¹¹ Deutschland belegt damit den stolzen Platz 3 in der OECD-Rangliste; Großbritannien hingegen steht ziemlich weit hinten.¹²

Obwohl das BIP pro Kopf in Deutschland höher als dasjenige in Großbritannien ist, liegt das verfügbare Einkommen in Deutschland deutlich tiefer.¹³ Das Inlandsprodukt wurde in Großbritannien lediglich um 38,4 % durch Steuern und Abgaben geschmälert, in Deutschland waren es immerhin 45 %.¹⁴ Damit ist der Druck auf die Bodenrenten in Deutschland vergleichsweise höher als in Großbritannien.

Betrachtet man alle genannten Umstände, wirken – mit Ausnahme der gegenwärtig nicht mehr so stark ins Gewicht fallenden Kapitalkosten – sämtliche Größen auf eine in Großbritannien vergleichsweise höhere Bodenrente und eine höhere Dynamik derselben als in Deutschland hin. So ist es kein Wunder, dass die Mieten in Großbritannien im Durchschnitt mittlerweile ca. 41 Prozent, in Deutschland hingegen nur 30 Prozent des verfügbaren Einkommens ausmachen.¹⁵ In den Agglomerationen können diese Durchschnittswerte natürlich leicht überschritten werden.

Vergleichsweise hohe Bodenrenten »R« und niedrige Realzinsen »r«: Das ist auch der Stoff, aus dem Immobilienblasen gemacht sind. Tabelle 3 stellt dar, dass – mit Ausnahme der Phase nach der Immobilienkrise 2008/2009 – die Wachstumsraten der realen, also um die Inflationsraten bereinigten, Immobilienpreise in Großbritannien durchweg höher als in Deutschland ausgefallen sind.

Die Tabelle zeigt jedoch auch, dass in Deutschland mittlerweile eine Trendumkehr zu verzeichnen ist: Von den sinkenden Kapitaleinkommen der letzten Jahre hat nämlich in Deutschland nicht der Faktor Arbeit profitiert. Vielmehr hat sich dies in steigenden Bodenrenten niedergeschlagen, die auch in Deutschland zu steigenden Mieten (und Immobilienpreisen) in den Agglomerationen geführt ha-

britischen Immobilienmärkten verringert sich. Was das Miet- und Preisniveau der Immobilien angeht, dürfte Deutschland bei ca. 70 % des britischen Niveaus liegen.¹⁶

Privatisierung öffentlich geschaffener Werte

Die Situation auf dem britischen wie auf dem deutschen Immobilienmarkt zieht sowohl soziale Probleme als auch Effizienzverluste nach sich:

- Je höher der Preis der Immobilien, umso schwerer fällt die Eigentumsbildung – dies betrifft Großbritannien. Hier heißt es, zur rechten Zeit und am rechten Ort die »Real Estate-Leiter« zu erklimmen. In Deutschland wird die Eigentumsbildung hingegen eher durch die relativ geringen verfügbaren Einkommen erschwert.
- Mietwohnungen waren in den letzten Jahrzehnten in Deutschland erschwinglicher als in Großbritannien. Der Abstand reduziert sich jedoch gerade.

Großbritannien und Deutschland weisen zwar einige Gemeinsamkeiten bezüglich des makroökonomischen Rahmens auf, aber eben auch bedeutsame Unterschiede. Doch sowohl die vergleichsweise hohen Bodenrenten in Großbritannien als auch die relativ hohe Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland führen zu regressiver Umverteilung (»von unten nach oben«). Bezüglich der Bodenrenten mag diese Aussage einleuchtend klingen, hinsichtlich der Steuern und Abgaben indessen nicht. Stel-

Bodenwerte werden von der Gemeinschaft »gemacht«, nicht von den Bodeneigentümern. Die Bodenrenten sollten daher der Gemeinschaft zugutekommen.

müssen stattdessen v.a. die privat geschaffenen Werte sozialisiert werden, über Steuern und andere Abgaben. Deutschland ist ganz groß hierin. Während in Großbritannien die regressive primäre Umverteilung durch die Bodenrente (Privatisierung gemeinschaftlich geschaffener Werte) stärker als in Deutschland wirkt, findet die regressive sekundäre Umverteilung (über die Sozialisierung privat geschaffener Werte) durch das Abgabensystem in Deutschland vergleichsweise ausgeprägter statt.

¹⁰ ILO (2015): The Labour Share in G20 Economies, Report prepared for the G20 Employment Working Group Antalya, Turkey, 26-27 February 2015, S. 6. Online: <https://www.oecd.org/g20/topics/employment-and-social-policy/The-Labour-Share-in-G20-Economies.pdf>; A. G. Haldane (2015): Labour's Share, Speech given at the Trades Union Congress, London 12 November 2015, Bank of England. Online: <http://www.bankofengland.co.uk/publications/Documents/speeches/2015/speech864.pdf>.

¹¹ OECD Data (2016): Tax Wedge. Online: <https://data.oecd.org/tax/tax-wedge.htm>.

¹² OECD (2016): Taxing Wages. Online: <https://www.oecd.org/tax/tax-policy/taxing-wages-germany.pdf> und <https://www.oecd.org/tax/tax-policy/taxing-wages-united-kingdom.pdf>

¹³ NationMaster (2016): Cost of Living Stats. Online: <http://www.nationmaster.com/country-info/stats/Cost-of-living/Average-monthly-disposable-salary/After-tax>.

¹⁴ CIA Factbook (Fn. 4).

¹⁵ Datengrundlage: <http://www.numbeo.com>, eigene Berechnungen.

¹⁶ NationMaster (2016), Fn. 15; eigene Berechnungen.

¹⁷ Arnott, R. J. and Stiglitz, J. E. (1979): Aggregate Land Rents, Expenditure on Public Goods, and Optimal City Size. Quarterly Journal of Economics, 93, pp. 471-500.- Atkinson, A. B. and Stiglitz, J. E. (1987): Lectures on Public Economics. McGraw-Hill Book Co.: London, UK.

Faktor Arbeit wird doppelt belastet

Ein Arbeitnehmer in Hamburg, der zur Miete wohnt, zahlt beispielsweise seine immensen Wohnkosten nicht deswegen, weil die Baumaterialien oder die Bauarbeiter dort so viel teurer als im Saarland sind. Vielmehr wird er mit einer hohen Miete wegen der hohen Bodenrenten in Hamburg belastet. Gleichzeitig bekommt er eine Reihe von Abgaben aufgebürdet (u.a. Lohn- und Umsatzsteuer). Die damit finanzierten öffentlichen Leistungen kommen aber wieder dem Bodeneigentümer zugute: Sie lassen die Attraktivität des Standorts und damit die Boden-

ist der soziale Überschuss hier relativ gering. Abzulesen ist dies am Bodenwertniveau, das verglichen mit wirtschaftlich ähnlich starken Nachbarn (Niederlande, Luxemburg, Schweiz) moderat ist. Jedoch ist dies nicht unbedingt als ein Erfolgsindikator zu lesen. Der verhältnismäßig geringe soziale Überschuss indiziert vielmehr, dass die Wirtschaft in Deutschland unter Potenzial läuft. Obwohl sich die deutsche Wirtschaft von ihrer Struktur her wesentlich robuster als die auf die Finanzindustrie konzentrierte britische Wirtschaft darstellt, wird sie durch ein ineffizientes Steuer- und Abgabensystem vergleichsweise stärker

tig würden die Umverteilungseffekte durch den Renten- und Preisanstieg auf dem Immobilienmarkt begrenzt.

- In Deutschland könnten über einen »Tax Shift« weg von der Lohn-, Gewerbe- und Umsatzsteuer und hin zur Bodenwertsteuer die regressive steuerfinanzierte Umverteilung reduziert und gleichzeitig bislang ungenutzte Effizienzpotenziale einer zentralräumlichen Lage gehoben werden. Es würde Druck auf diejenigen Grundstückseigentümer ausgeübt, die ihre Flächen nicht effizient nutzen. Diesbezüglich liegen in Deutschland noch erhebliche Potenziale brach. An dieser Stelle sollte angesetzt werden, anstatt bei einer Subventionierung des Wohnungsbaus für die kaum mehr vorhandenen Flächen in den großen Städten. Nach dem Brexit wäre eine solche Wende für Großbritannien wichtiger als jemals zuvor. Alles starrt wie das Kaninchen auf die Schlange der Immobilienmärkte: Brechen sie ein und reißen das Land abermals in den Abgrund? Großbritannien hängt (den Finanzsektor eingeschlossen) wie ein Drogenabhängiger an der Immobilienspekulation – sie ist zur »Industrie« geworden. Es ist gut möglich, dass die britische Wirtschaftsleistung als Folge des Brexit eine Delle erhält – obwohl die britische Notenbank derzeit nach Kräften versucht, mit zinspolitischen Maßnahmen dagegenzuhalten. Die Intensität des Einbruchs wird auch vom Ausgang der Brexit-Verhandlungen abhängen – insbesondere wird relevant sein, ob Teile des Bankensektors abwandern. Eine Verlagerung der Abgabenlast auf den Immobilien Faktor Boden könnte die Wirtschaft stabilisieren und langfristig die produktiven Industrien stimulieren.

Doch auch in Deutschland sprechen immer mehr Beobachter v.a. in großen Städten von einer einsetzenden Blase, die irgendwann platzen könnte. In Deutschland bestünde derzeit im Rahmen der anstehenden Grundsteuerreform die Chance für eine Wende – allerdings deutet alles darauf hin, dass diese Chance ein weiteres Mal aus Unkenntnis und zu Diensten gut organisierter Sonderinteressen verspielt wird. Die Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!« (www.grundsteuerreform.net), die sich für eine bodenbezogene Grundsteuer einsetzt, kämpft insoweit gegen mehrere Gegner.



Dirk Löh, Jg. 1964, Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik an der Hochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld. Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e. V., Sprecher des Center for Land Research (ehem. Zentrum für

Bodenschutz und Flächenhaushaltspolitik), Steuerberater.
E-Mail: d.loehr@umwelt-campus.de



Eine Verlagerung der Abgabenlast auf den Immobilien Faktor Boden könnte die Wirtschaft stabilisieren und langfristig die produktiven Industrien stimulieren.

renten ansteigen, was sich wiederum in erhöhten Mietforderungen niederschlägt. Unser exemplarischer Arbeitnehmer zahlt also zugunsten des Bodeneigentümers doppelt. Über das Ausmaß solcher regressiven (!) abgabenfinanzierten Umverteilung gibt es bezeichnender Weise keine Untersuchungen. In jedem Falle ist die große Melkkuh der Faktor Arbeit – ca. zwei Drittel der staatlichen Einnahmen stammen aus Umsatzsteuer, Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen. Dabei ist der arbeitende Mittelstand besonders betroffen, der immer weiter erodiert. Der durch die Abgaben verursachte regressive Umverteilungseffekt wird allerdings dadurch begrenzt, dass die Steuern gleichzeitig den umverteilten sozialen Überschuss, also die Bodenrenten, drücken. Dies geschieht in Deutschland mit seiner vergleichsweise hohen Abgabenlast stärker als in Großbritannien: Obwohl Deutschland im Herzen Europas liegt und sich ein großer Teil der europäischen Infrastruktur auf Deutschland konzentriert,

ausgebremst. V.a. eine Verringerung der Lohnnebenkosten könnte sowohl dazu beitragen, die Beschäftigung zu erhöhen, als auch den Arbeitnehmern ein höheres »Netto vom Brutto« zu belassen.

Heilmittel Bodenwertsteuer

So unterschiedlich sich die Situation auf dem britischen und dem deutschen Immobilienmarkt darstellt: Die gleiche Medizin kann in beiden Ländern wirken. Diese Panazee läuft darauf hinaus, v.a. die Entkopplung von Nutzen und Kosten zu reduzieren, die auf dem Bodenmarkt und durch das Abgabewesen stattfindet. Das Mittel heißt »Bodenwertabgabe«.

- Würde mehr von der – öffentlich geschaffenen – Bodenrente auch in öffentliche Taschen fließen, könnte in Großbritannien die spekulative Dynamik reduziert werden. Damit würde auch weniger Geld in spekulative Anlagen fehlgeleitet und stattdessen in produktive Tätigkeiten fließen. Gleichzei-

Eigentum verpflichtet – zu gar nichts

Eigentum verpflichtet – zu gar nichts. Diese Erkenntnis gilt für die Spekulation mit Billigimmobilien ebenso wie für die mit Luxusimmobilien in vielen Großstädten. Schuld daran ist unser Bodenrecht.

Frank Baranowski, Sprecher der Ruhr-SPD und Oberbürgermeister in Gelsenkirchen hat ein ernstes Problem mit Schrottimmobilien, mit skrupellosen Geschäftemachern und mit seiner Partei. In einigen Quartieren verdient man viel Geld mit heruntergekommenen, verwahrlosten Häusern. Anwohner, Ordnungsamt und Kommunalpolitiker sind machtlos gegen den Abwärtstrend.¹ Anderswo wird ebenfalls spekuliert, allerdings mit Luxuswohnungen. Das Nachsehen haben Normal- und Geringverdiener, die aus den immer teurer werdenden Vierteln verdrängt werden. Gentrifizierung lautet der Fachausdruck.

Schuld ist unser Bodenrecht. Schuld sind aber auch die Führungsspitzen der bürgerlichen Parteien, die seit Jahrzehnten so tun, als gäbe es die gravierenden Auswirkungen der Bodenspekulation in Deutschland schon lange nicht mehr. An der Basis kämpfen anständige Bürger wie gegen Windmühlen, doch immer weiter vertreibt das Kapital jene Menschen aus der City, die die Stadt als bezahlbaren und attraktiven Wohn- und Lebensraum erhalten wollen.

Zwei gefährliche Trends

In Gelsenkirchen und vielen anderen Kommunen beziehungsweise Stadtteilen lohnt es sich nicht mehr, in seine Immobilien zu investieren. Es entsteht eine Abwärtsspirale, die mit den vorhandenen Möglichkeiten kaum zu stoppen ist. Spekulanten kaufen Häuser auf, die für ihre bürgerlichen Eigentümer ihren Wert verloren haben. Statt zu investieren und zu renovieren und das Gebäude aufzuwerten, wird es mit Menschen vollgestopft, die wenig Geld und noch weniger Rechte haben. Selbst am Verfall können sich gewiefte Geschäftemacher eine goldene Nase verdienen. Der Trend nach unten ist für das gesellschaftliche Leben dabei genauso gefährlich wie der Trend nach oben. Nicht nur in Düsseldorf treibt die Spekulation die Bodenwerte in astronomische Höhen. Grundstückspreise und Mieten werden für Menschen mit



Abgewirtschaftet, leerstehend, verwahrlost ... die hässliche Seite der Bodenspekulation

gewöhnlichem Einkommen immer schwerer finanzierbar. Immer mehr Wohnraum wird zur Spekulationsmasse. Nicht selten bleiben ganze Häuserblocks fast unbewohnt. Beide Trends belasten oder zerstören gewachsene Milieus, sie gehen zulasten der arbeitenden Menschen und dienen vor allem der Geschäftemacherei und der Sicherung von Privilegien. Beide Trends dürfte es nach dem Grundgesetz gar nicht geben. Beide Entwicklungen wären mit einem zeitgemäßen Grundsteuergesetz umkehrbar; besser noch mit einer, auch für andere Regionen der Welt vorbildhaften Bodenreform.

Verbundene Bemessungsgrundlage unzeitgemäß

Entscheidend für das Verständnis der Problemlage ist eine differenzierte Betrachtung. Eine starke Bodenlobby hat es geschafft, dass weder im gesetzlichen, noch im allgemeinen Sprachgebrauch zwischen dem Wert des Bodens und dem Wert der Bebauung beziehungsweise Nutzung unterschieden wird. In

der politisch-ökonomischen Diskussion wird meist so getan, als wäre der Wert des Grundstücks nicht losgelöst von dem der aufstehenden Gebäude zu betrachten. Für die Grundsteuer gilt daher eine »verbundene Bemessungsgrundlage«. Tatsächlich jedoch ist der Wert eines Gebäudes beziehungsweise der Ertrag der Bodennutzung von der individuellen Leistung einzelner Menschen abhängig. Der Wert des Grundstücks an sich, oder deutlicher noch, die Entwicklung des Grundstückspreises, hängt von der kollektiven Leistung der Menschen ab. Beispielsweise verdoppelt sich der Wert eines Grundstücks, weil der Gemeinderat beschließt, die vierspurige Straße vor der Haustür in einen Tunnel zu verlegen. Aus der ungeliebten, hochbelasteten Innenstadtlage wird plötzlich ein Sahnestück mit Erholungswert, ohne dass der Hausbesitzer einen Euro investiert hätte. Oder auch andersherum: Die teure, ruhige Stadtrandlage verliert drastisch an Wert durch den Bau einer neuen Umgehungsstraße oder eines Windparks oder einer Flugzeug-Landebahn.

¹ Die Zeit vom 21.7.2016 No. 31, ZEIT-Dossier
»Der Häuserkampf«

Die Verquickung des Bodenwertes mit dem Wert der Aufbauten hat vor allem bei der Erhebung der Steuern massive negative Auswirkungen. Leider wird dieser Fehler auch bei der vom Verfassungsgericht angeordneten derzeitigen Grundsteuerreform nicht berücksichtigt. Noch immer lassen sich die verantwortlichen Politiker vor allem von der Lobby der Besitzenden lenken. So kritisieren die Initianten von »Grundsteuer: Zeitgemäß!« an den im Juni/Juli bekannt gewordenen Gesetzesplänen der Finanzminister u.a.: »Eigentümer großer oder wertvoller, an sich bebaubarer, aber baulich nicht oder nur teilweise ausgenutzter Grundstücke würden steuerlich weitgehend geschont. Grundstücksspekulation auf Kosten der Gemeinschaft (Städte und Gemeinden, Steuerzahler, Natur und Umwelt), also das Liegassen erschlossener, aber unbebauter und teilbeauter Grundstücke oder das Halten von Leerständen, bliebe steuerlich attraktiv. Die Kommunen müssten mehr und größere Neubaugebiete ausweisen als nötig.«

Auch und gerade den Sozialdemokraten fehlt das Verständnis der Zusammenhänge. Dies ist besonders schmerzlich, weil es in den 1970er Jahren durch Hans Koschnick, Hans-Jochen Vogel und Peter Conradi in der SPD bedeutende bodenreformerische Anstrengungen gab. Heute zeigen sich nur wenige aktive Politiker aufgeschlossen für kritische Argumente, wie es die Initiative Grundsteuer: Zeitgemäß! dokumentiert. Viele Politiker, auch in der Partei Die Grünen, die viele tolle Broschüren über die negative Entwicklung der Bodenspekulation vorweisen kann, fordern in Balkonreden grundlegende Reformen. In den entscheidenden Gremien werden diese dann aber als negativ für den nächsten Wahlkampf beiseitegeschoben.

Grundlegende Reformen gefragt

Eine Reform der Grundsteuer beziehungsweise des Umgangs mit Bodenerträgen und Bodenmonopolen ermöglicht in erster Linie eine gerechtere Verteilung der Ressourcen. Die Wertsteigerung der Grundstücke sollte von der öffentlichen Hand abgeschöpft und gleichmäßig pro Kopf auf die dort lebenden Menschen verteilt werden. Vom Gebäudewert der Immobilien sollte der Staat jedoch die Finger lassen. Investitionen in den Erhalt und die Sanierung der Gebäude dienen der Entwick-



Die andere Seite: Schön, aber unbezahlbar für die meisten...

lung. Mit einer angemessen hohen Grundsteuer haben alle Grundstücksbesitzer eines Quartiers ein ökonomisches Interesse an ähnlichen Standards. Verwahrlosung, Leerstand oder spekulieren auf steigende Grundstückswerte lohnen sich dann nicht mehr.

Gleichzeitig hat die Kommune die Möglichkeit, Bewohner dicht bebauter Quartiere und Familien mit Kindern finanziell stärker zu unterstützen. Eine einzig am Bodenwert orientierte Abgabe, die pro Kopf gleichmäßig zurückverteilt wird, betrifft vor allem Spekulanten und Wohlhabende, die mehrere oder große Immobilien selber nutzen. Wer für seine Familie weniger als die durchschnittlichen Quadratmeter zur Verfügung hat, kann sein Einkommen aufbessern. Auch können die Nutzer von Immobilien gegenüber den Eigentümern besser gestellt werden. Viele Gewerbetreibende arbeiten zu 50 bis 80 Prozent für den Grundbesitzer, sprich Verpächter. Das ist für den gesellschaftlichen Frieden nicht förderlich und sollte sich ändern. Zusätzlich wird es teurer, Grundstücke der vorgesehenen Bebauung zu entziehen. Die Bodenspekulation belastet heute alle Nutzer, da sie das Angebot künstlich verknappt, um die Preise hoch zu halten. Vielerorts werden, auf Kosten der Ökologie, immer neue Flächen versiegelt, um diese Knappheit auszugleichen.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum dieses gesellschaftsschädigende Verhalten noch immer durch das Steuerrecht unterstützt wird.

Die dramatischen Entwicklungen im unteren wie im oberen Immobilienpreissegment, sind nur durch ein grundsätzliches Umsteuern aufzuhalten und umzudrehen. Es braucht eine gerechte und nachhaltige Grundsteuer. Die Bürgermeister Frank Baranowski in Gelsenkirchen, Boris Palmer in Tübingen oder Thomas Geisel in Düsseldorf brauchen die Unterstützung der Bundespolitiker bei dem Ziel, Eigentum tatsächlich wieder verpflichtend zu machen. Dies ist gerade auch im Interesse der vielen anständigen Eigentümer und Nutzer, die durch die Verwahrlosung von Stadtteilen genauso leiden, wie die Bürger, die von der spekulativen Bodenpreisentwicklung verdrängt oder geschröpft werden. ■



Klaus Willemsen, Autor von »Das Märchen vom guten Zins«, ist freier Referent der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V. Seine aktuellen Kommentare zu Wirtschaft und Medien finden Sie hier: [http://www. INWO. de/medienkommentare/](http://www.INWO.de/medienkommentare/)

Die Stadt und ihr Boden – Hans Bernoulli zum 140.

Am 17. Februar 2016 wäre der Schweizer Titularprofessor für Städtebau Hans Bernoulli 140 Jahre alt geworden. Bernoulli las in den 1920er Jahren die »Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld« von Silvio Gesell und war sofort ein begeisterter Verfechter der Freiwirtschaft.

Hans Bernoulli war Mitbegründer des Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes, hielt in der ganzen Schweiz Vorträge für ein freiwirtschaftliches Bodenrecht und veröffentlichte zahlreiche Texte zu Boden- und Geldreform, darunter das hier vorgestellte »Die Stadt und ihr Boden« von 1946.

In »Die Stadt und ihr Boden« setzt sich Bernoulli vehement für eine Umsetzung des Gesell'schen Freiland-Konzepts insbesondere im städtischen Raum ein. Im Vorwort zum Buch beschreibt er, dass die Stadtplaner die große Chance hätten, beim anstehenden Wiederaufbau der kriegszerstörten Städte diese nach dem aktuellen Stand der Kunst neu zu gestalten – wäre da nicht, in den Hauptwerken der Städtebaukunst kaum mit einer Erwähnung bedacht, ein grundlegendes Problem: »Die Erde ist an Einzelbesitzer verteilt.« (S. 6) Dabei ist für Bernoulli eine Stadt »unendlich viel mehr, als bloß die Ansammlung von einigen tausend Häusern«.

Historisch hätten sich Städte in Europa in der Regel auf ungeteiltem Land entwickelt, welches meistens von einem König als Lehen ver-



die Entwicklung verheerend gewesen: »In wenigen Jahrzehnten waren die Städte zu wüsten Massen angewachsen, rings um eine Alt-

sucht, solchem Wildwuchs Einhalt zu gebieten, doch diesem Vorgehen erteilt er eine Absage:

»Wo man ein Gebiet von Bebauung freihalten will, wo man ein Gebiet – auf die Dauer – mit einem Bauverbot belasten will, da muß die Gemeinde in den Beutel greifen, da muß sie das betreffende Stück Land kaufen. Alles andere widerspricht dem Grundsatz, daß jeder Bürger vor dem Gesetz gleich ist; jedes andere Vorgehen trägt den Stempel der Diktatur.« (S. 78)

Hier zeigt sich auch ein Widerspruch zum amerikanischen Bodenreformer Henry George (1839 – 1897), den Bernoulli klar benennt. Laut Bernoulli kann man nicht das Privateigentum am Boden vom Genuss der Bodenrente trennen.

Enteignung, Rückkauf oder Besteuerung?

Henry George wollte das Privateigentum am Boden bei seinem Vorschlag zur Reform des Bodenrechts beibehalten, aber die mit den einzelnen Grundstücken erzielbare Grundrente zugunsten der Allgemeinheit vollständig steuerlich abschöpfen. Eine einzige bodenbezogene Steuer (single tax) sollte alle anderen Steuern ablösen. Da der Kaufpreis eines Grundstücks im Wesentlichen auf der kapitalisierten Grundrente (z.B. der erzielbaren Pacht) beruht, entspricht dies zumindest rechnerisch in etwa einer Enteignung ohne Entschädigung. George habe seinen Single-Tax-Vorschlag nur machen können, da er im Grunde genommen auch das Privateigentum am Boden komplett ablehnte:

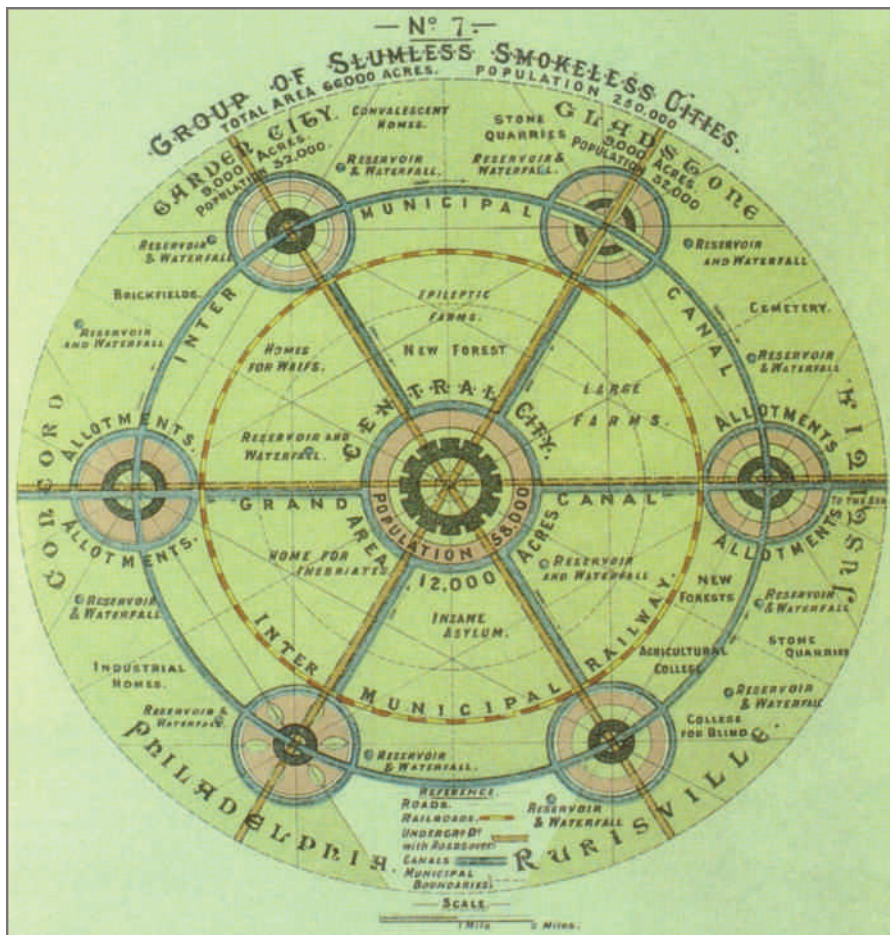
»George kannte das Wohl und Wehe der Massen; er wußte um die Not der Arbeitslosigkeit. Er sah deutlich, wie jeder Spatenstich, wie jeder Fortschritt der Technik, wie alles Wohnen und Sein vom Grundrentner besteuert wird bis zum Äußerstmöglichen. Er sah im Grundrentner den Feind der Arbeit schlechthin. Das Privateigentum an Grund und Boden, dies geraubte Gut sollte den Beraubten, der Allgemeinheit, zurückgegeben werden, ohne Entschädigung.« (S. 98)

Bernoulli hatte tatsächlich kaum Abschlüsse vorzuweisen, konnte die Professoren der Architekturabteilung der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH) aber in Gesprächen von seinen Fähigkeiten überzeugen. Eine reich bebilderte, ausführliche Darstellung der bewegten ETH-Jahre Bernoullis findet sich im Weblog *ETHeritage* unter blogs.ethz.ch/digital-collections/2016/02/19/ oder nachgedruckt in der *Humanen Wirtschaft* 04/2016.

geben worden sei. Erst mit der französischen Revolution, seit 1789, sei Land mehr und mehr wie irgendein Privatbesitz behandelt worden. Vor der Revolution war dagegen noch der Bodenzins an den Lehnsherrn zu entrichten. Doch was sich erst als Befreiung darstellte, habe sich mit Beginn der Industrialisierung als »furchtbares Missverständnis« erwiesen: Der Liberalismus wurde zur Monopolwirtschaft verkehrt und verfälscht. (S. 81) Städtebaulich sei

stadt sich häufend, die einzig noch als besuchenswert und besehenswert galt; und es auch war. Wo kurz vorher noch eine Städteherrlichkeit sondergleichen geblüht, da machte sich nun eine öde Routine breit und eine herausfordernde Häßlichkeit.« (S. 82)

Zur Zeit Bernoullis wurde – wie auch heute noch – »durch eine Liste von Bauvorschriften bis zur Gruppierung der Fenster« (S. 122) ver-



Das erste Gartenstadt-Konzept von Ebenezer Howard, 1902: Wohnstädte sind ringförmig um die Kernstadt angeordnet und mit ihr sternförmig durch Straßen und (U-) Bahnen vernetzt sowie untereinander ringförmig verbunden.

Diesen Bruch des herrschenden Rechts wollte Bernoulli allerdings mit einer von ihm als *Tax-and-Buy* bzw. *Steuer-und-Kauf* bezeichneten Methode vermeiden:

»Jeder Landeigentümer schätzt sein Land selbst. Die Schätzung gilt sowohl als Grundlage für die Vermögenssteuer wie auch als Kaufsumme für den Rückkauf – der Landeigentümer hat nun die Wahl, ob er verkaufen will zu dem selbstgeschätzten Preis oder ob er es vorzieht, Vermögenssteuer zu zahlen nach seiner Selbsteinschätzung.« (S. 104)

Allerdings würde es möglicherweise die Gemeinden übermäßig verschulden, müssten sie nach diesem Schema viel Land auf einmal kaufen – soweit, dass sie von zunehmenden Zins- und Zinseszinslasten erdrückt würden. Gesell habe dieses Problem mit dem *Freigeld* gelöst, dem Geld, das wegen der Haltegebühr auch ohne Zinsversprechen verliehen wird. Das Freigeld ist noch unter einem anderen Gesichtspunkt hilfreich für die Freiland-Reform: Während Geld ohne Haltegebühr schließlich inflationieren muss, um einen Zusammenbruch des Umlaufs und eine Deflation zu verhindern, wä-

re Freigeld wertstabil. Man bräuchte also nicht, wie mit bisherigem Geld, den Baurechts- bzw.

Bernoulli stammte aus Basel und hätte sich dieses Jahr über den Ausgang des von der Neuen Bodeninitiative erwirkten Referendums sehr gefreut: 67% der Wähler im Kanton Basel-Stadt stimmten dafür, dass der Kanton sein Land behalten und nur noch im Erbbaurecht an Bauwillige vergeben soll. Die Initiative bezieht sich in ihrem Internetauftritt unter neue-bodeninitiative.ch/ja-zu-basel im Punkt »Gedanken zur Bodenfrage« direkt auf ihn und auf Silvio Gesell.

Erbpachtzins an den Lebenshaltungskostenindex zu koppeln (S. 118). Einzig Anpassungen an den lagebedingten Wert des Bodens wären von Zeit zu Zeit noch nötig.

Stadtbaukunst bedeutet nach Bernoulli, »daß da viele einzelne Bauvorhaben zu einem einzigen Gebilde zusammengeschlossen werden müssen, zur Stadt. Wobei dies Gebilde sich stetsfort verändert und vergrößert.« Voraussetzung dafür sei: Der Boden gehört der Stadt. Veränderung wird es auf lange Sicht

sicherlich immer geben, aber dass weder die Zahl der Menschen auf der Erde noch einzelne Städte endlos wachsen können, sollte eigentlich jedem einleuchten. Doch auch wenn die Stadt nicht mehr wächst, sie vielleicht sogar schrumpft und es um die Umwandlung un- oder untergenutzter Flächen geht, kommt Gemeindeneigentum am Boden sehr zupass.

Die Gartenstadt-Idee

Ein positives, zu seiner Zeit aktuelles Beispiel für im Ganzen geplante Stadtviertel (bzw. eigentlich ganze Städte) sah Bernoulli in der Gartenstadt-Idee:

»Die englischen Gartenstädte [...] haben der internationalen Bauwelt die bisher so trockene und dürre Frage nach einem neuen Bodenrecht auf die liebenswürdigste Art und Weise anschaulich und verständlich gemacht. An diesen Mustern konnten nun die alljährlich in ganzen Schwärmen auftretenden Besucher – Verwaltungsbeamte und Architekten – spielend ablesen, was hier auf dem nun glücklich hergestellten freien Feld alles möglich war [...].« (S. 109)

Ab 1902 propagierte die Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft (DGG), zu deren Gründern neben Gustav Landauer die Brüderpaare Bernhard und Paul Kampffmeyer sowie Heinrich und Julius Hart gehörten, die Idee in Deutschland. Ihre sozialreformerischen Ziele formulierten die Gründer in den Statuten so: »Eine Gartenstadt ist eine planmäßig gestaltete Siedlung auf wohlfeilem Gelände, das dauernd in Obereigentum der Gemeinschaft gehalten wird, derart dass jede Spekulation mit dem Grund und Boden unmöglich ist.« Nach genossenschaftlichem Prinzip besteht ein Ge-

meineigentum an Grund und Boden. Der Wertzuwachs verbleibt in der Gemeinschaft und Bodenspekulation wird vermieden. Mieten werden nach dem Kostendeckungsprinzip erhoben und bleiben dauerhaft niedrig. Die Mieter sind zugleich Genossenschaftsmitglieder und erhalten ein praktisch unkündbares Dauerwohnrecht. Lesen Sie hierzu auch S. 20-21.

Vlado Plaga, 1. Vorsitzender der INWO Deutschland

Negativzinsen: bisherige Erkenntnisse

Nach der wegweisenden Londoner CEPR-Konferenz vom Mai 2015 (s. Fairconomy 3/15) veranstaltete nun die amerikanische Denkfabrik Brookings am 6. Juni 2016 eine weitere Konferenz, die als Meilenstein der Negativzinspolitik gesehen werden kann. Ihr Titel: »Negative interest rates: Lessons learned ... so far« – Welche Lehren können aus den bisherigen Erfahrungen gezogen werden?



Es ist wirklich ein außergewöhnlicher historischer Augenblick, eine Zeit, in der wir Texte von Irving Fisher und John Maynard Keynes über Schuldendeflation und Liquiditätsfallen lesen, die vor dem Zweiten Weltkrieg geschrieben wurden, um uns einen Reim auf unsere ökonomischen Probleme zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu machen«, sagte David Wessel zur Eröffnung. Der Direktor des Hutchins Center on Fiscal and Monetary Policy griff dann eine Zeitungs-Story auf, wonach eine dänische Familie 248 Kronen von ihrer Bank *bekommt* für ihre Hypothek, die negativ verzinst ist. Zwar zahle die Familie auf Grund von Gebühren netto noch an die Bank, aber »es ist doch eine sehr merkwürdige Sache, die die meisten von uns niemals für möglich gehalten hätten«, so Wessel. Daher sollte sich die Konferenz folgenden Fragen widmen: Funktionieren negative Zinsen? Wir funktionieren sie? Sind Negativzinsen eine Option für die USA? Was ist die Rolle der Finanzpolitik, wenn die Zinsen so niedrig sind? Sind Negativzinsen nicht tatsächlich ein Symptom eines größeren Problems, einer Weltwirtschaft mit überschießenden Sparguthaben und einem Mangel an Investitionen, wodurch die Gleichgewichtszinsen gedrückt wurden?

Nullzinsgrenze behindert Geldpolitik

Zunächst gab Signe Krogstrup, Vizedirektorin der Abteilung für Geldpolitische Analysen bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB), einen Überblick über die Thematik. Grund zur Sorge sei, dass Zentralbanken immer öfter mit der Nullzinsgrenze (Zero Lower Bound) konfrontiert und dadurch in ihrer Reaktion auf negative ökonomische Schocks eingeschränkt sind.

Die neutralen Realzinsen sind seit den 1980er Jahren gesunken. Dieses Konzept, das auf Knut Wicksell (1907) zurückgeht und in den letzten Jahren verstärkt Verwendung findet, beschreibt ein Zinsniveau, welches mit der vollen Ausnutzung des Produktionspotenzials

und stabiler Inflation im Einklang ist und daher als Richtwert für geldpolitische Entscheidungen angesehen wird.

Ebenso sind die Inflationserwartungen mit der Inflation seit der Disinflation in den 80er Jahren und der Verbreitung des Inflation-Targeting in den 90ern gesunken. Beide Faktoren resultierten darin, dass die nominalen Zinsen auch in normalen Zeiten viel näher an ihrer Untergrenze liegen und die Geldpolitik einengen. Die Liquiditätsfalle ist zur weitverbreiteten Realität geworden.

Während es bis zu den 1980ern keine geldpolitischen Einschränkungen gegeben hatte,

Disinflation =

Sinken der Inflationsrate.

Disinflation darf nicht mit einem Absinken des allgemeinen Preisniveaus verwechselt werden (Deflation).

Inflation Targeting =

direkte Inflationssteuerung.

Geldpolitische Strategie, bei der das Endziel

Preisstabilität unmittelbar angesteuert wird. Die

Deutsche Bundesbank hatte dagegen von 1975 bis 1998

eine bestimmte jährliche

Wachstumsrate der Geldmenge als Zwischenziel verfolgt.

Die EZB verzichtete hierauf.

wurde zuerst Japan Mitte der 90er mit dem Zero Lower Bound (ZLB) konfrontiert, die USA 2001 und alle westlichen Industrienationen, mit Ausnahme von Australien, spätestens seit 2009.

Modellrechnungen hätten ergeben, dass schon wenn die USA nur von milden Rezessionen getroffen würde, sie zukünftig unmittelbar mit dem ZLB konfrontiert wären. Im Modell hätte der US-Leitzins, die Federal Funds Rate, bereits im Jahr 2009 auf -6 % abgesenkt werden müssen. Die Wirtschaftsleistung hätte ohne Restriktion durch den ZLB weit besser sein und die wirtschaftliche Erholung somit weit schneller verlaufen können, so Krogstrup.

Fünf Zentralbanken haben mittlerweile Negativzinsen eingeführt, um den ZLB zumindest aufzuweichen: die dänische, schwedische, europäische, schweizerische und zuletzt die japanische Notenbank. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass die Transmission zu den Marktzinsen und vom Geldmarkt zum Kapitalmarkt gut funktioniert hat. Auch die Transmission zu den Wechselkursen hat sehr gut funktioniert, genau wie in »normalen« Zeiten.

Wie erreichen Negativzinsen die Realwirtschaft?

Anders verhält es sich mit den Bankzinssätzen. Es hat zwar eine Übertragung auf die Interbankenzinsen und auf die Zinsen für institutionelle Anleger und einen Teil der Firmenkunden gegeben – jedoch nicht auf die Zinsen für Privatkunden.

Die Kreditzinsen sind zwar im Euroraum, in Dänemark und Schweden gesunken, nicht aber in der Schweiz, einige langlaufende Hypothekenzinsen sind sogar gestiegen. Dass sich die negativen Zentralbankzinsen übertragen, heißt also noch nicht, dass sie schon die Realwirtschaft erreichen. Doch Krogstrup meinte: »Es gibt keinen Grund, warum sie dies nicht tun sollten. Dies ist ganz normale Geldpolitik. Eine Senkung der nominalen Zinsen führt zu einer Reduktion der realen Zinsen und zu einer Reduktion internationaler

Zinsdifferenziale. Und diese relativen Preise entscheiden über Investitions- oder Sparentscheidungen oder über Konsum, und nicht der Nominalzins als solcher.«

Kritiker argumentieren, dass Negativzinsen zu Verhaltensänderungen führen, dass etwa noch mehr gespart würde, um einmal gesteckte Sparziele zu erreichen. Die Geldillusion könne aber auch genau das Gegenteil bewirken, so Krogstrup, nämlich dass »wenn wir eine weitaus stärkere Zinssenkung erleben, der Konsum angeregt wird, aufgrund von Substitutionseffekten.« Nur die Empirie könne dies zeigen.

Wie viel Feuerkraft die Geldpolitik noch habe, hänge davon ab, wo genau die Zinsuntergrenze liege. Die Untergrenze ist definiert als der Punkt, an dem im großen Maße Bargeld gehortet wird (welches einen Ertrag

deziele infrage. Und es gibt praktische Bedenken, ob die Infrastrukturen der (Finanz-) Märkte technisch »mit der Umkehrung der Zinsströme« zurechtkommen – Frau Krogstrup scheute sich nicht, deutlich zu werden! Im Großen und Ganzen funktioniere dies aber. Die Sorgen würden überbewertet.

Neben der Nullzinsgrenze ist für Krogstrup die größte Herausforderung, dass die Bevölkerung die Negativzinsen nicht versteht und toleriert. Hierbei spiele die sogenannte Geldillusion eine Rolle: Die Bevölkerung verstehe den Unterschied zwischen nominalen und realen Zinsen nicht – weshalb es die Notenbanken schwer hätten, wenn sie nominale Negativzinsen bräuchten, um die Geldpolitik zu lockern. Die Frage sei daher, wie sie ihre Maßnahmen kommunizieren könnten, wie der Unterschied zwischen nominalen und realen Zinsen und die Auswirkungen ihrer Maßnahmen

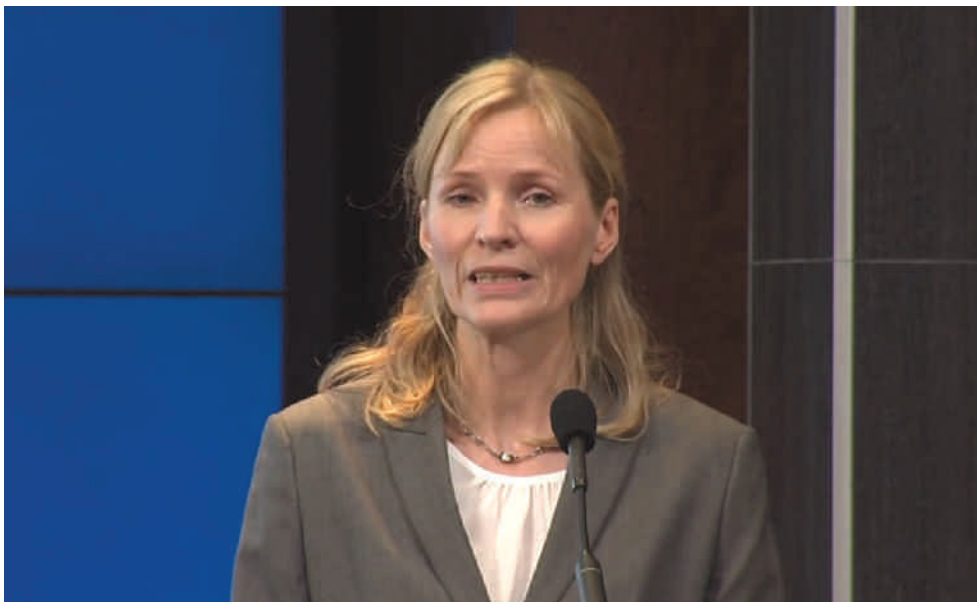
im Hinblick auf die Zinsen, die von den Kunden verlangt werden?« Immerhin habe es in den USA schon ewig unverzinsliche Girokonten gegeben, für die Gebühren verlangt wurden, also seien die Bürger an Negativzinsen de facto schon lange gewöhnt. Theoretisch sei auch nicht nachvollziehbar, warum sich die Kritik gegen Negativzinsen richte, wo diese doch am kurzen Ende die Zinsstruktur steiler machten, während großangelegte Anleihenkäufe (Quantitative Easing) sie am langfristigen Ende flacher machten. Eine flache Zinsstrukturkurve gilt als sehr schlecht für die Netozinsspannen der Banken, eine steile dagegen als besser.

Carpenters spannendste Frage betraf jedoch die Position der USA: Sind die USA anders? Interessanterweise hat die Federal Reserve Bank noch keine Negativzinsen eingeführt. Sie hat noch nicht einmal ihren Leitzins bis auf null gesenkt, sondern blieb im positiven Bereich. »Da so viel Kritik an den Negativzinsen die Effekte auf die Ertragslage der Banken betrifft«, so Carpenter, »ist es – zumindest aus meiner Sicht – eine Ironie der Geschichte, dass in dieser Diskussion genau der Staat, der noch keine Negativzinsen eingeführt hat, die am wenigsten bankenzentrierte Wirtschaft hat.« Tatsächlich ist die US-Wirtschaft viel stärker kapitalmarktorientiert. Negativzinsen müssten daher immer im Zusammenhang mit den begleitenden Kreditlockerungsmaßnahmen gesehen werden, die ja anderswo durch Banken implementiert werden.

Bisherige praktische Erfahrungen

Die Diskussion wurde dann anhand der Erfahrungen dreier Notenbanken weitergeführt, die bereits Negativzinsen ausprobierten: die schweizerische, dänische und europäische.

Die Hauptbotschaft von Jean-Pierre Danthine, dem früheren Vizepräsidenten der SNB, lautete: »Negativzinsen sind unbeliebt.« Die Schweiz habe den Zero Lower Bound bereits erreicht. Um die Zinsen weiter senken zu können, bräuchte man Maßnahmen, die aus seiner Sicht heute »nicht auf demokratischem Weg durchsetzbar« wären. Auch Danthine thematisierte die bisherige asymmetrische Transmission: Die Negativzinsen hätten sich auf die Finanzmärkte übertragen, aber in der Schweiz fast gar nicht auf die Zinsen der Banken. Privatkundeneinlagen wären nicht betroffen (die vorbildliche ABS-Bank erwähnte er leider nicht, B.B.), Kreditzinsen nur minimal. Eine symmetrische Weitergabe der Negativzinsen könne dagegen weitere Zinssenkungen ermöglichen.



Signe Krogstrup, Vizedirektorin der Abteilung für Geldpolitische Analysen bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB), hält es für wichtig, die Bevölkerung über Negativzinsen aufzuklären.

von null bringt). Eine Hortung sei bislang in den Negativzins-Staaten nicht in großem Stil beobachtbar, meinte Krogstrup. Studien hätten gezeigt, dass die Lagerkosten höchstens bei 50 Basispunkten lägen.

Bedenken gegen Negativzinsen überbewertet

Krogstrup kam auch auf die Bedenken gegenüber den Negativzinsen zu sprechen. Diese betreffen vor allem die sinkende Profitabilität der Banken durch sinkende Margen im Zinsgeschäft, bedingt v.a. durch die Starrheit der Guthabenzinsen. Es gibt auch die Sorge, dass Geldmarktfonds destabilisiert werden könnten. Im Hinblick auf Versicherungen und Pensionsfonds stehen deren Geschäftsmodelle und hohen nominalen Ren-

auf die realen Lebenseinkommen und Ersparnisse normaler Bürger besser vermittelt werden könnten.

Seth Carpenter, zuvor stellv. Finanzmarkt-Staatssekretär im US-Finanzministerium, unterstützte Krogstrups Sicht und meinte, es sei zu einfach zu sagen, Negativzinsen wären nicht effektiv, nur weil es noch keinen großen Nachfrageanstieg in den Ländern gäbe, die sie eingeführt hätten. Reiche das theoretische Verständnis überhaupt schon aus? Hätten die Negativzinsen den Banken tatsächlich geschadet? Oder könnten eine bessere Kommunikation der Zentralbanken und mehr Erfahrung bewirken, dass »sowohl Banken als auch Bürger neu darüber nachdenken, wie Banken funktionieren und was akzeptabel ist

»Wir sind also noch nicht von der Nullzinsgrenze befreit«, so Danthine, jedenfalls nicht die Zentralbanken, die eine monetäre Stimulierung bewirken wollen, wohl aber – in einem etwas eingeschränkteren Sinn – kleine offene Wirtschaftsräume wie die Schweiz, die als »sichere Häfen« gelten und wo Zinsdifferenziale ausgenutzt werden.

Es gibt diese beiden unterschiedlichen Motivationen für eine Negativzinspolitik. Dänemark und die Schweiz wollten ursprünglich mit den Negativzinsen ihren Mindestkurs zum Euro sichern. Nach Aufhebung des Mindestkurses versuchte die SNB dann, durch eine weitere Absenkung ihres Einlagenzinses die Zinsdifferenz zum Euro wiederherzustellen und die beginnende Aufwertung des Schweizer Frankens abzuschwächen.

Die Frage, warum es keine Negativzinsen auf Kundeneinlagen gebe, beantwortete Danthine damit, dass die Negativzinsen so unpopulär seien. Banken hätten daher Angst, ihre Kunden auf Dauer zu verlieren, insbesondere die guten, durch die sie in »normalen« Zeiten verdienten. Die SNB hilft ihnen nun, ihre Kundschaft weiter pflegen zu können, da sie sehr hohe Freibetragsgrenzen gewährt, die den Banken erlauben, die Negativzinsen nicht an die Passivseite der Bilanz weiterzugeben.

Und warum sind die Negativzinsen beim Publikum unbeliebt? Erstens würden sie nicht verstanden, meinte Danthine ebenso wie seine Vorredner. Er behauptete sogar, sie seien »nicht intuitiv erfassbar, unnatürlich, gegen die Natur« – eine Unterstellung, die für Anhänger der Natürlichen Wirtschaftsordnung einem Affront gleichkommt. Die Negativzinsen würden nach einer sowieso schon langen Zeit niedrigster Zinsen als schreckliche Sache empfunden, betonte Danthine. Insbesondere die Pensionsfonds-Lobby klage, und da quasi jeder eine Pension habe, fühle sich auch jeder irgendwie »betrogen«.

Ein weiteres Problem in der Schweiz sei auch, dass die Zentralbankgeld-Einlagen dort sehr ungleichmäßig verteilt sind. Vor Einführung der Negativzinsen hat die SNB massiv Euros aufgekauft und so die Liquidität im Bankensystem massiv erhöht. Die Bilanz der SNB liegt inzwischen bei fast hundert Prozent des BIP. Nicht die Großbanken und Kantonalbanken, sondern die restlichen Banken seien vorrangig die Vermögensverwalter und nunmehr trotz der Freibetragsgrenze stark betroffen. Daher würden diese Banken auch am stärksten protestieren, da sie sich ungerecht behandelt fühlten.

Bargeldhortung wird verharmlost

Wer also weiter gehen wolle als minus 75 Basispunkte, der müsse radikal sein und entweder das Bargeld ganz abschaffen oder einen Wechselkurs zwischen Bargeld und elek-

tronischem Geld einführen. Solange die Bevölkerung eine Stimme habe, sei eine Bargeldabschaffung nicht durchsetzbar, beteuerte der Notenbanker. Nur in Schweden nehme die Bargeldhaltung ab. In der Schweiz sei das Verhältnis von Bargeldumlauf zum BIP bis 1990 rückläufig gewesen, doch seither nicht mehr, und seit Ausbruch der Krise nehme das Bargeld in Relation zum BIP sogar wieder stark zu. Dies steht im Widerspruch zu der Aussage, dass die sinkenden Zinsen noch nicht zu massiver Hortung geführt hätten – auf diesem Auge sind Notenbanker immer schon blind. Danthine sprach auch nicht von Hortung, sondern von »vorsorgendem Sparen« in Bargeld – genau hierin liegt jedoch für Gesellianer der Fehler im System! Seit dem Zusammenbruch von Lehman 2008

Nominalzins =

der Zinssatz, der von der Bank angegeben wird. Der Nominalzins gibt den Zinssatz ohne Zinseszins-effekt und ohne Abzug der Inflationsrate an.

Realzins =

Der Realzins ergibt sich rechnerisch aus dem Nominalzins abzüglich der Inflationsrate. Er gibt somit die Verzinsung unter Berücksichtigung des Geldwertverlusts an.

»boome« die Nachfrage, musste Danthine geben. Eine Bargeldabschaffung sei daher nicht zu vermitteln.

Aber auch der weniger radikale Weg des Wechselkurses zwischen Bar- und Buchgeld ließe sich seiner Einschätzung nach nicht durchsetzen, da dafür rechtliche Anpassungen nötig seien, die zu Diskussionen führen würden. Danthine schlug als gangbaren Weg die Konsolidierung der Schweizer Situation vor: Die Geschäftsbanken sollten weiterhin hohe Freigrenzen haben, so dass nur die Geldmarktzinsen betroffen wären, die privaten Einlagen jedoch verschont blieben. Bei einem Einlagenzins von null hätten die Kunden noch keinen Anlass, massiv Bargeld zu horten.

Damit können wir Freiwirte uns natürlich nicht zufrieden geben, denn so erlebt die reale Wirtschaft und mit ihr die Menschen nicht die segenreichen Auswirkungen einer umlaufgesicherten Währung. Immerhin kann sich auch Danthine eine zusätzliche Gebühr vorstellen, die übermäßige Bargeldabhebungen institutioneller Kunden bei der Notenbank verhindern soll. Dadurch könnten die Negativzinsen noch weiter sinken. Und in der späteren Diskussion machte er nochmals deutlich: »Es steht für die Schweiz sehr viel auf dem Spiel. Wir brauchen diese Negativzinsen unbedingt.« Bei einem weiteren Schock könne man die Bevölkerung und die Politik möglicherweise doch überzeugen, die Zinsen noch weiter zu senken. »Ich hoffe, es ist möglich, die Menschen umzustimmen.«

Problem:

Asymmetrie der Weitergabe

Jamie McAndrews, Research Director der New York Fed, hob auch die Asymmetrie der Weitergabe der Negativzinsen als auffallend hervor. Darin unterscheide sich die bisherige Negativzinspolitik noch von der im positiven Bereich. Die sehr hohen Freigrenzen von 20 Prozent der erforderlichen Reserven dürften für die Zielsetzung, die aggregierte Nachfrage durch Portfolio-Anpassungen zu erhöhen, nicht förderlich sein, folgerte McAndrews richtigerweise, »Diese Vorgehensweise läuft der Negativzinspolitik zumindest teilweise zuwider.« Somit sei es schwierig, die Auswirkungen auf die Bankprofitabilität korrekt einzuschätzen.

Da langfristige Hypotheken sogar einen Zinsaufschlag bekommen hätten, seien in der Schweiz die Nettozinsspannen der Banken sogar gewachsen. Man müsse sich daher fragen, wie effektiv die Schweizer Politik darin war, die finanziellen Bedingungen zu lockern, losgelöst vom Wechselkursziel. Wie Krogstrup und Carpenter zuvor, stellte auch McAndrews die richtigen, kritischen Fragen hinsichtlich der bisherigen Ausführung der Negativzinspolitik.

Bei den 10-jährigen Schweizer Bonds hätten die negativen Zentralbankzinsen die Zinsstrukturkurven gespreizt, die Bonderträge im Verhältnis zu den Sparzinsen zeigten jedoch eine verengte Ertragskurve. »Wenn eine Bank nichts anderes machen würde, als Spareinlagen hereinzunehmen und in 10-Jahres-Bonds anzulegen, würde sie Geld verlieren«, so McAndrews. Die Banken hätten daher nach Möglichkeiten gesucht, ihre Erträge zu sichern, und deshalb die Hypothekenzinsen, eventuell auch andere Kreditzinsen, erhöht. Andererseits träten andere Banken oder Versicherungsgesellschaften neu in Konkurrenz, die sich nicht über (Nullzins-) Einlagen, sondern zu Negativzinsen über den Markt refinanzierten, und könnten durch diesen Vorteil günstigere Hypothekenzinsen anbieten.

Insbesondere in den Negativzins-Staaten mit hohen Freigrenzen könne die Differenz zwischen Markt- und Einlagenzinsen ausgenutzt werden.

Ebenso hinterfragte Andrews die Wirkung der beabsichtigten Wechselkurspolitik, wenn ausländische Kunden von schweizerischen Vermögensverwaltern immer noch null Prozent Guthabenzinsen bekommen könnten. Hätten

Dänemarks positive Erfahrungen

Als nächster stellte Niels Hansen, Chefökonom der Dänischen Nationalbank (DNB), die Situation in Dänemark dar. Die Dänen führten 2012 als erste Negativzinsen ein. Wenn er die Erfahrungen in einem Satz zusammenfassen sollte, so Hansen, so sei es dieser: »Sie sind eine Fortführung niedriger, aber positiver Zinsen.« Dänemark hat seit 1982 ei-



Niels Lynggård Hansen, Chefökonom der Dänischen Nationalbank, zog ein sehr positives Fazit aus den bisherigen Erfahrungen mit Negativzinsen.

nicht alternativ die ausländischen Anleger direkt besteuert werden können, um den Wettbewerbsdruck zu vermeiden, der die Vermögensverwalter daran hindert, die negativen Zinsen weiterzugeben?

Fragwürdig seien auch die Vertragsanpassungen der Schweizer Banken, die bereits ein Jahr vor der Negativzinseinführung die variablen Hypothekenzinsen von der üblichen LIBOR-Bindung entkoppelt und sich untereinander vorsorglich auf minimal null Prozent Zinsen plus Aufschlag geeinigt hatten.

In der anschließenden Diskussion musste Danthine zugeben: »Die Wirtschaftsleistung ist zurückgegangen, da der Wechselkurs zu stark angestiegen ist. Weil wir bei den Zinsen nach unten durch den Lower Bound begrenzt sind, können wir keine ausreichende Zinsdifferenz wiederherstellen (...)«.

Seth Carpenter meinte zu den politischen Implikationen, die Danthine schilderte: »Die Menschen sind sauer. Die Zinsen sind niedrig und sie bekommen nicht den Ertrag, den sie sich wünschen. Dann zu sagen: Ja, ja, aber der Ertrag, den Sie bekämen, wenn wir die Zinsen einen Prozentpunkt höher lassen würden, der wäre noch geringer ... das macht nicht wirklich Sinn.« – Warum eigentlich nicht?!

nen festen Wechselkurs, erst zur D-Mark, dann zum Euro (seit 1987: 7,5 Kronen = 1 Euro). Geldpolitik beschränkt sich auf dieses Wechselkursziel. Die dänische Wirtschaft muss mit anderen Mitteln, v.a. fiskalpolitisch, stabilisiert werden. Auch Druck auf die Dänische Krone äußert sich anders, nämlich in Deviseninterventionen sowie in Zinsdifferenzen zur EZB.

Dänemark erlebte Anfang 2015, als die Schweizerische Nationalbank ihren Mindestkurs zum Euro aufgab, einen Kapitalzustrom in ungekannter Höhe und war zu massiven Devisenaufkäufen sowie zu starken Zinssenkungen gezwungen. In vier Schritten wurde der Einlagenzins auf -0,75 % gesenkt. Außerdem wurde die Ausgabe dänischer Staatsanleihen ausgesetzt. Nach der letzten Zinssenkung und der Ankündigung unbegrenzter Devisenaufkäufe stoppte der Kapitalzufluss wieder und nun floss Kapital ab.

Die drei Phasen der Zinssenkungen der DNB seit 2008 wirkten sich so aus: Die Geldmarktzinsen sanken parallel signifikant ab. Die Guthaben- und Kreditzinsen der Banken sanken zwar ebenfalls, aber langsamer und sie wurden nicht voll weitergegeben. Schon seit 2009 liegen die Guthabenzinsen – was sehr unüblich ist – über den Leitzinsen. Und

auch die Kreditzinsen sanken nicht so stark wie die Geldmarktzinsen. Zwar seien die Negativzinsen an Großkunden, Finanzfirmen, Versicherungen und Pensionsfonds weitergereicht worden und »das ist tatsächlich etwas, das wir begrüßen, weil das Teil unseres Transmissionsmechanismus ist, der wichtig für die Transmission auf den Wechselkurs ist«, so Hansen. Doch gerade in der letzten Zeit

zeige sich deutlich, dass die Guthabenzinsen durch den Zero Lower Bound nach unten begrenzt sind, insbesondere was kleine Firmen und Privathaushalte betrifft, während die Kreditzinsen im letzten Jahr wohl parallel zu den Geldmarktzinsen gesunken sind. Da Immobilien in Dänemark mittels Pfandbriefen finanziert werden, werden die Hypothekenzinsen an den Finanzmärkten bestimmt und sind nicht durch den ZLB begrenzt. Kurzlaufende Hypotheken rentieren daher inzwischen genauso negativ wie kurzlaufende Staatsanleihen. Das bedeutet auch, dass Hypothekenzinsen negativ werden können.

Bei alledem sei die Zinsmarge der Banken de facto größer als vor der Krise.

2015 hatten die dänischen Banken das beste Ergebnis seit Ausbruch der Krise vorzuweisen, auch weil sich die Wirtschaft erholte und weniger faule Kredite abgeschrieben werden mussten.

Was technische Fragen anging, so mussten in Dänemark Lösungen gefunden werden, wie man mit Situationen umgehen kann, in denen Gläubiger an Kreditnehmer zahlen müssen. Vertragsanpassungen waren erforderlich. Bei den Steuerbehörden waren Konten einzurichten, auf die Steuern im Voraus bezahlt werden können. Die Steuergesetze wurden entsprechend angepasst. Auch IT-Probleme konnten gelöst werden.

Bargeldhortung habe es in Dänemark keine gegeben, zumal auf allen Ebenen eine Präferenz für unbare Transaktionen herrsche. Außerdem hat der größte Schein nur einen Wert von umgerechnet 135 Euro.

Alex Roeber, Zinsstrategie bei J.P. Morgan Securities, reagierte aus Sicht der Finanzmärkte skeptisch auf diese positiven Erfahrungen in Dänemark. Geld sei vergleichbar mit Zahnpasta. Wenn mitten auf die Tube gedrückt wird, weicht der Inhalt zu den Seiten aus. Wenn also (liquide) Firmen durch Negativzinsen unter Druck geraten, könnten sie mit



höheren Dividendenausschüttungen oder Aktienrückkäufen reagieren. Dänische Daten belegten dies. Bargeld würde so mehr in Richtung private Haushalte bewegt. In der Tu- benmitte befände sich der Finanzsektor, Ver- sicherungen und Pensionsfonds, die am meis- ten unter den Negativzinsen litten. Das sei auch so beabsichtigt. Sie hätten Schwierig- keiten, noch ausreichend Erträge zu erzielen. So würden zwar Privatleute heute noch nicht mit Negativzinsen konfrontiert, die Folgen bekämen sie jedoch zu spüren, wenn sie ins Rentenalter kämen. Roever verschwieg da- bei, dass dagegen die umlagefinanzierte Ren- te stark von den Negativzinsen profitiert. Seitdem die Negativzinsen sich bei Noten- banken ausbreiteten, ist die Nachfrage nach festverzinslichen Anlagen immer stärker ge- worden. Bereits 28 Prozent der Staatsanlei- hen im J.P. Morgan Global Government Bond Index brächten negative Erträge, insgesamt Anleihen im Wert von rund 6 Billionen US- Dollar, wovon die dänischen Anleihen nur ein Prozent ausmachten. In Japan sei quasi die gesamte Renditenkurve (über alle Lauf- zeiten) negativ und Japan mache 3,2 Billio- nen der 6 Billionen aus. Investoren hätten es immer schwerer, die Renditen zu finden, die sie sich vorstellten. Nahezu die Hälfte der noch positiv verzinsten Anlagemöglich- keiten weltweit, die sich nicht in den Hän- den von Zentralbanken befänden, seien nur mehr US-Staatsanleihen (48 %).

Negativzinsen sind natürliche Fortsetzung

Massimo Rostagno, Generaldirektor Geldpo- litik bei der EZB, unterstrich gleich zu Anfang, dass die Negativzinspolitik, die seine Kolle- gen und er verfolgten, ein Teil eines größer- en Kreditlockerungspaketes sei. Die Politik sei auf dem Hintergrund des seit längerer Zeit verfehlten Inflationsziels von unter aber na- he 2 Prozent zu sehen. Zunächst machte man sich noch keine großen Sorgen, da die Dis- inflation durch fallende Öl- und Benzinprei-

se importiert wurde. Aber ab einem be- stimmten Punkt wurde die zu niedrige Kerninflation deutlich, die sich in dauerhaft niedrigen Inflationserwartungen nieder- schlagen könnte, zumal die Wirtschaft sich von dem Kriseneinbruch noch nicht vollstän- dig erholt hatte. In einer solchen Situation sei »Negativzinspolitik geradezu die natürliche Fortsetzung von dem, was man auch unter anderen Umständen tun würde, wenn die Wirtschaft stärker stimuliert werden muss«, zitierte Rostagno, »man senkt einfach die Zin- sen.« Nur vier kleine Zinssenkungen seit Ju- ni 2014 haben bewirkt, dass das Zentral- bankgeld zwischen den Banken stabil im ne- gativen Bereich gehandelt wird (EONIA). Ros- tagno und seine Kollegen sind zu dem Schluss gekommen: »Die Negativzinspolitik ist nicht ein verhängnisvolles Missgeschick«, wie die Presse in zahllosen Kommentaren kritisierte, »sondern sie gibt der Geldpolitik in sehr schwierigen Situationen ihre Schlagkraft zurück.« Eine solche Situation besteht, wenn die kurzfristigen Zinsen bei null liegen und die Investoren lieber flüssig bleiben, statt langfristig zu investieren, weil sie fürchten, nicht mehr ausreichend für Investitionen und deren Risiken kompensiert zu werden.

Torsten Slok von der Deutschen Bank brach- te als Vertreter der Finanzmärkte wieder kri- tische Töne ein. Es höre sich alles so an, als könne man sagen: »Mission erfüllt« – doch er spreche jährlich mit Hunderten von Kun- den und habe noch keinen einzigen Portfo- lio-Manager getroffen, der die Negativzinsen für eine gute Idee halte. Für die meisten sei es schlichtweg ärgerlich und problematisch. Er gehe davon aus, dass es Vertrauensverlus- te gebe. »Warum sind die Konsumenten so vorsichtig?«, fragte er. »Warum braucht es einen deutlichen Anstieg der Vermögens- werte, vor allem bei den Aktien- und Immo- bilienpreisen, bevor wir den positiven Effekt auf die Realwirtschaft sehen?« Slok fragte: »Warum senken wir nicht einfach morgen die

Zinsen auf -5 % und die Wirtschaft erholt sich dann ganz schnell und alles ist gut?«. Er kri- tisierte vor allem den Rückgang fiskal- und strukturpolitischer Bemühungen. Er bezwei- felte den Nutzen der Negativzinsen auch des- wegen, weil 80 Prozent der Banken im Eu- roraum angegeben hätten, dass ihre Kredit- vergabe dadurch nicht beeinflusst wurde (ge- nauso wenig im Übrigen durch das Quanti- tative Easing). Die Kreditlockerungsmaßnah- men greifen also noch nicht ausreichend. Hier kann aus Sicht der INWO die Bargeldgebühr weiterhelfen, weil sie die Risiken der Banken verringert.

Inflationspotenzial ernst nehmen

Für die EZB möge der Anblick von Ertrags- kurven, die mehr und mehr im roten Bereich lägen, als »Lockerung« ein erfreulicher An- blick sein, für Investoren sei dies jedoch ein Grund abzuwandern: Inzwischen sei schon rund 600 Mrd. Euro an Kapital aus Europa ab- geflossen und vornehmlich in US-Staatsan- leihen, aber auch in US-Unternehmensanlei- hen mit Investment-Grade investiert worden, egal wie die Aussichten für die amerikanische Wirtschaft aussähen. Und was, wenn erst in den USA und in 1-2 Jahren auch in Europa die ersten Anzeichen von Inflation aufträ- ten? Dann würden die Zinsen wieder erhöht und die Finanzstabilität geriete in extreme Ge- fahr. David Wessel übersetzte Sloks düstere Perspektive mit: »die EZB, die mit der ame- rikanischen und der europäischen Wirtschaft Russisches Roulette spielt« – machte aber gleichzeitig klar: »Es geht nicht darum, Por- tfolio-Manager glücklich zu machen. Der Sinn der Geld- und Finanzpolitik sollte es sein, die Output-Lücke weiter zu schließen und Inves- titionen zu ermutigen.«

Jemand aus dem Publikum stellte die berech- tigte Frage, ob nicht Bankenregulierung und Negativzinspolitik sich teilweise widersprä- chen. Einerseits gebe es höhere Kapital- und Liquiditätsanforderungen durch die Regulie- rung, andererseits immer weniger – und we- niger ertragreiche – Anlagemöglichkeiten.

Perspektiven der Negativzinspolitik

Für Miles Kimball stand fest: »Die Tatsache, dass wir die Basel-Vorschriften noch weiter werden verschärfen müssen, bedeutet, dass wir besser noch weitere Methoden in petto haben sollten, um die Gesamtnachfrage zu stimulieren.« Am Nachmittag konnte der Öko- nom der Universität Michigan seine Perspek- tive auf die Möglichkeiten der Negativzins- politik zum Besten geben. Kimball ist einer der Vordenker auf dem Gebiet. Er vermisste eine Diskussion über die Breite der Palette an Transmissionsmechanismen der Geldpo- litik. De facto sei jede Gläubiger-Schuldner-Be- ziehung ein solcher Übertragungsmechani- mus. So bedeuteten die sinkenden Renditen

der Staatsanleihen auf der anderen Seite, dass die Haushaltsdefizite zurückgingen und die Staaten mehr investieren könnten. Kimball ist überzeugt, dass die negativen Zinsen viele positive Auswirkungen haben, weshalb er auch nach Möglichkeiten sucht, mit den Zinsen noch weiter heruntergehen zu können. Dafür müsse aber eine Lösung für das Bargeldproblem gefunden werden, da Bargeld ja bisher die Zinsuntergrenze bestimmt.

In der Vergangenheit hätten die Zentralbanken die Zinsen um ca. 600 Basispunkte gesenkt, um Rezessionen zu bekämpfen. Also solle man auf das nächste Mal gut vorbereitet sein. Selbst wenn es der Fed gelänge, die Zinsen bis zur nächsten Rezession auf 1,5 % anzuheben, die Zinsen müssten dann immer noch auf -4,5 % gesenkt werden. Die Nullzinsgrenze stelle daher tatsächlich ein großes Problem dar, insbesondere in den meisten OECD-Staaten, aber auch darüber hinaus. Es bräuhete weltweit neue Instrumente, um stärkere Zinssenkungen zu ermöglichen.

das Bargeld eine sichere Zuflucht, weil hier ein Zins von null garantiert ist und die Regulierung den jederzeitigen Umtausch zum Nennwert sicherstellt. Da die moderne Finanzwelt primär auf elektronischem Geld basiert, müssten bestimmte Bedingungen erfüllt sein, damit sie von einer Arbitrage profitieren könnte: Sie müsste Bargeld kostenfrei und zum Parikurs abheben können, große Mengen davon legal und sicher lagern können, es später auch wieder kostenfrei zu pari wieder einzahlen können, und das Ganze in Mengen, die den Gleichgewichtszins verändern.

Um dies zu verhindern, sind nach Kimball verschiedene kurzfristige Ansätze denkbar (»dirty approach«):

1. Verbot der »Elektronisierung« von Bargeld, v.a. durch Geldmarktfonds
2. Spezielle Einlagenzins-Mechanismen der Zentralbanken, die einen Nullzins für Privatkunden-Einlagen subventionieren (Freigrenzen, wie sie zum Beispiel die SNB und die BoJ einsetzen)

Schwierigkeiten habe, das Inflationsziel überhaupt zu erreichen. Auch Narayana Kocherlakota, früherer Präsident der Minneapolis Fed, hielt die von Kimball präsentierten kurzfristigeren Möglichkeiten (»dirty approach«) für keine gute Idee. Dagegen unterstützte er ihn bei seinem sauberen Ansatz (»clean approach«) des Wechselkurses zwischen Bargeld und elektronischem Geld: »Ich finde, dieser saubere Ansatz ist eine sehr gute Ausgangsbasis für eine Diskussion.«

Ausgeben statt Sparen

Kocherlakota war es auch, der in der abschließenden Podiumsdiskussion die Zielsetzung der Negativzinsen wunderbar auf den Punkt brachte. Als ein Teilnehmer einwarf, dass das System möglicherweise an einem Punkt angekommen sei, an dem sinkende Zinsen nicht mehr wie bisher neue Investitionen anregen würden, sagte Kocherlakota: »Es geht nicht nur darum, die Kreditaufnahme anzuregen, es geht darum, den aktuellen Konsum anzuregen, im Gegensatz zum

Sparen. Ich bekomme oft E-Mails von Leuten, die mir schreiben: »Sie zwingen mich zum Geldausgeben, weil die Renditen so niedrig sind« – Ja, genau! Das ist die Taktik. Darum dreht sich die Geldpolitik. Sie wirkt, wenn Sie lieber ausgeben, anstatt zu sparen.«

Investment sei nicht gleich Investment. »Der springende Punkt der aktuellen Geldpolitik ist es doch, den Kauf von Wertpapieren als richtig, richtig schlecht erscheinen zu lassen – das lässt dagegen Unternehmen attraktiv erscheinen, ohne dabei jedoch deren Erträge in irgendeiner Weise geldpolitisch zu beeinflussen. (...) Die Tatsache, dass es momentan nicht mehr Investitionen gibt, rührt daher, dass

Miles Kimball seine negativen Ertragsraten noch nicht erfolgreich im gesamten Finanzsystem verbreiten konnte.«

Sogar Ben Bernanke, der als Fed-Chef auf großangelegte Anleihenkäufe (QE) statt auf Negativzinsen gesetzt hatte, räumte ein: »Es gibt tatsächlich Grund genug anzunehmen, dass, wenn die Zinsen ausreichend negativ sind, fast alles einen Ertrag bringt.« – Danke für diese Zustimmung, jetzt geht es um die Umsetzung!

Beate Bockting

Die Dokumentation der Konferenz ist hier zu finden: www.brookings.edu/events/negative-interest-rates-lessons-learned-so-far/



Narayana Kocherlakota erklärte den eigentlichen Sinn der Negativzinspolitik.

V.l.n.r.: David Wessel, Ben S. Bernanke, Narayana Kocherlakota, Beth Hammack und Jamie McAndrews

chen und dabei spielten jeweils politische und rechtliche Fragen eine Rolle. Von den Experimenten in anderen Währungsräumen könne man lernen. Der »saubere Ansatz« ist für Kimball dabei ein elektronisches Geldsystem, das durch einen Wechselkursmechanismus einen negativen Bargeldzins ermöglicht (dargestellt in »Negativzinspolitik als konventionelle Geldpolitik« in ZfSÖ, Mai 2016). Die Bargeldausgabestellen der Notenbanken sind dafür zentrale Punkte, weil dort der Wechselkurs zwischen Bargeld und Zentralbankreserven bestimmt wird.

Wenn bei negativen Zinsen auf allen elektronischen Konten alle Kapitalanlagen einen Wertverlust hinnehmen müssten, böte nur

3. Kostenbelastung von Geschäftsbanken, die große Mengen Bargeld bei der Notenbank abheben wollen
4. Abschaffung der großen Geldscheine
5. Verbot der kommerziellen Bargeldeinlagerung
6. Beschränkung von Bargeldabflüssen ins Ausland

Donald Kohn, früherer Vizepräsident der Fed, hielt dies alles für etwas, das »theoretisch funktionieren könnte, aber nie in die Praxis umgesetzt werden wird«, weil zu komplex und schwierig. Allerdings erteilte er auch dem Gegenvorschlag der Erhöhung des Inflationsziels eine Absage, da man ja schon jetzt

INWO-Mitgliederversammlung 2016



Wie schon letztes Jahr fand die MV während des Sommercamps an der Silvio-Gesell-Tagungsstätte statt. Für die Camp-Teilnehmer waren in erster Linie die beiden Vorträge der INWO-Vorstände Beate Bockting und Matthias Klimpel gedacht. Bei der eigentlichen MV kamen hauptsächlich alte Bekannte zusammen, aber immerhin drei bisher passive Mitglieder sind auch dazugestoßen – und sie gingen sofort in den Aktiven-Modus über: Jasmin Wendnagel übernahm dankenswerterweise die Protokollführung und will auch gleich eine Veranstaltung in Frankfurt organisieren.

Ein Schwerpunkt des Vorstandsberichts war die kürzlich erfolgte umfassende Neugestaltung des INWO-Internetauftritts, welche zahlreiche Verbesserungen und im Zusammenspiel mit verstärkter Werbung auch einen deutlichen Besucherzuwachs gebracht hat. Da dies

gut läuft und im Prinzip wenig kostet (im Vergleich zum Beispiel zu dieser Zeitschrift, der Fairconomy, bei der Layout, Druck und Versand einen Großteil der Kosten ausmachen) wollen wir die Internetpräsenz weiter stärken. Die Anwesenden begrüßten, dass es Ende letzten Jahres gelang, ein neues Fairconomy-Basisheft herauszubringen – welches an Stelle der regulären Dezemberausgabe erschien.

Der Austausch zum offeneren Tagesordnungspunkt »Wie und wohin wollen wir uns weiterentwickeln?« bestätigte den aktuellen Kurs des Vorstands: Wir wollen weiterhin sowohl den Kontakt zur Fachwelt suchen, als auch »normale« Menschen bei Präsenzveranstaltungen direkt ansprechen. Ersteres zeitigt mit Interview-Anfragen von Handelsblatt und Economist, sowie mit Beate Bocktings Aufnahme in die Gastwirtschaft-Autorengruppe der Frankfurter Rundschau, seit Neu-Formung des Vorstands vor einem Jahr auch erfreuliche Erfolge. Was die Präsenzveranstaltungen angeht, so gibt es zwei konkret terminierte und geplant sind mindestens zwei weitere bis zur MV 2017 – auch das wäre eine Steigerung gegenüber den letzten Jahren. Die erste mit einem Vortrag von Prof. Dr. Felix Fuders findet am 12. September um 19 Uhr in der Dortmunder Auslandsgesellschaft statt.

Vlado Plaga, 1. Vorsitzender der INWO Deutschland

»Warum die Wirtschaftswissenschaft umdenken muss – ein Plädoyer für Negativzinsen, auch auf Bargeld«

Vortrag von Prof. Dr. Felix Fuders am 12. September in Dortmund

Die Wirkung der Zinsen wurde in der Vergangenheit missverstanden – mit schwerwiegenden Folgen. Tatsächlich kann Geld sowohl vom positiven als auch vom negativen Zins im Fluss gehalten werden, wobei der negative Zins nicht die vielen nachteiligen Nebenwirkungen mit sich bringt. Er muss aber richtig angewendet werden: Auch das Bargeld braucht den negativen Zins.

Während Mitte Juni in Dortmund der Grundstein für einen riesigen neuen Bargeldspeicher der Bundesbank gelegt worden ist, argwöhnen Kritiker, dass die Abschaffung der 500-Euro-Scheine der Anfang vom Ende des Bargelds sei. Dabei bedeutet Bargeld nicht nur Freiheit für Steuerhinterzieher und Mafiosi, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger. Doch muss der Fünfhunderter wirklich nur deshalb weg, weil er die Kriminalität und



Schwarzgeldgeschäfte fördert? Tatsächlich haben die Notenbanken ein massives Problem mit der Geldhortung, weil diese den Geldumlauf behindert. Bargeld ist zum brennendsten Thema der Monetärökonomie geworden, mit massiven Auswirkungen auf die Zinspolitik.

Die Wirtschaftswissenschaft muss nun rasch umdenken, um den Herausforderungen der aktuellen Lage unseres Finanz- und Wirt-

schaftssystems gewachsen zu sein. Professor Felix Fuders erläutert in seinem Vortrag, warum eine Bargeldabschaffung die falsche Maßnahme für eine richtige Zielsetzung wäre. Er beschreibt die Perspektive einer von Inflation und Deflation freien Währung in einer von Zinslasten und Überschuldung weitgehend befreiten Gesellschaft.

Felix Fuders ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Mikroökonomie und Ökologische Ökonomie, an der Universidad Austral de Chile, Direktor SPRING Chile, Mitglied der Gesellschaft für Nachhaltige Ökonomie, Berlin. Auf Einladung der INWO Deutschland spricht er am Montag, den 12. September in der Auslandsgesellschaft NRW, direkt am Dortmunder Hauptbahnhof. Der Vortrag beginnt um 19 Uhr. Der Eintritt ist frei.



INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG

INWO Deutschland e.V.
Postfach 90 02 06
60442 Frankfurt am Main
Tel.: 02 31 – 44 99 58 55
E-Mail: INWO@INWO.de

Aufnahmeantrag

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

Vorname

Name

Straße

Postleitzahl

Ort

E-Mail-Adresse
(bitte angeben für regelmäßige Informationen)

Telefon
(für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)

Ort, Datum

Unterschrift

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

Geburtsdatum bzw. Jahrgang

Beruf/Tätigkeit

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

☐ Faltblatt ☐ Bekannte ☐ Internet ☐ Vortrag ☐ Seminar ☐ Sonstiges _____

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg/F.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: DE _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _

Name des Kreditinstituts oder BIC: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Genossenschaftswohnungen

Seit Ende Mai dieses Jahres wohne ich in einer kleinen Genossenschaft von 48 Parteien, welche ich inzwischen seit rund 4 Jahren kenne, und fühle mich sehr wohl hier. Es handelt sich um 8 Wohnblöcke mit je 6 Einheiten zu 3 Zimmern. Diese Häuser wurden 1920 von der damaligen BBC für deren Angestellte mit Familien erbaut. Heute leben vorwiegend Paare und Einzelpersonen in diesen wunderschönen alten und sehr gut erhaltenen Häusern. Auch Gründungsmitglieder der Genossenschaft, die schon zu BBC-Zeiten hier wohnten, sind immer noch hier wohnhaft.

Mich interessierte der Ursprung dieser Genossenschaft und ich habe ein Telefonat mit dem Gründer, André Roth, geführt. Er hat im Jahr 1994 mit einem Immobiliengeschäft in der Region gestartet und seine Idee und sein



Herzblut war und ist es immer noch, auch günstige Wohn- und Arbeitsräume den Mitmenschen zur Verfügung zu stellen. Er gründete neben der beschriebenen Genossenschaft noch weitere Genossenschaften in der Region.

Im August 1997 wurde er von der ehemaligen BBC-Pensionskasse angefragt, für die anfangs erwähnten Häuser eine Lösung zu finden. Die BBC-Pensionskasse wollte diverse Häuser abtossen. Als Lösungsansatz entschied sich Herr Roth, diese Häuser in einer Genossenschaft zu vereinen. Es war kein einfacher Weg und brauchte viele, viele Diskussionen mit den Mietern – diese waren anfangs mehr als skeptisch gegenüber seiner Idee.

Für den Kauf der 8 Häuser mussten 20% der Kaufsumme bereitgestellt werden. Dank intensiven Diskussionen und je einer einmaligen Einzahlung von damals CHF 32'000 pro Wohneinheit (18 Familien konnten von Anfang an mitmachen), kamen 10% für die Kaufsumme zusammen. Zwei Bewohner gaben zusätzlich ein priva-

Die Idee der Wohngenossenschaft erklärt ihr Handelsregistereintrag:

»Die Genossenschaft bezweckt, ihren Mitgliedern preisgünstige Wohnungen zu vermieten und ihre Liegenschaften der Spekulation zu entziehen.«

www.gif-wettingen.ch

Weitere Informationen gibt es bei Wohnbaugenossenschaften Schweiz, der Dachorganisation der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften:

<http://www.wbg-schweiz.ch/home.html>

tes Darlehen. Die BBC-Pensionskasse willigte ebenfalls ein, die zweiten 10% als Darlehen zur Verfügung zu stellen. Die Genossenschaft amortisierte darauf im ersten Genossenschaftsjahr diese 10% und erarbeitete sich demzufolge die ersten 20% der Kaufsumme selbständig. Auch heute noch zahlen Mitglieder dieser Genossenschaft einmalig den Betrag von CHF 34'000.00 ein. Durch dieses Geld besteht auch eine grosse Selbstbestimmung über die Bewirtschaftung dieser Häuser. Bei Wegzug aus der Genossenschaft wird dieser Betrag wieder rückvergütet. Mit den Zinsen werden Renovationen, Rückstellungen usw. für die wunderbaren Häuser gemacht. Die Mietzinse sind nach über 15 Jahren immer noch sehr günstig. Die Lebensqualität ist sehr hoch und ich bin allen Gründungsmitgliedern und Herrn Roth sehr dankbar für ihre Weitsicht.

In der Deutschschweiz gibt es vor allem in Zürich und Luzern sehr viele Genossenschaften.

Viele sind Gross-Genossenschaften, bei denen sich Genossenschafter mit rund CHF 2'000 beteiligen. Gemäss Herrn Roth ist die Gründung von kleinen Genossenschaften anfangs sehr arbeitsaufwändig, jedoch machen sie schlussendlich grosse Freude.

Bei der INWO ist das Bodenthema ein wichtiges Anliegen. »Bauland im Baurecht«, »Boden gehört uns allen« usw. Dazu passt der Genossenschaftsgedanke ebenfalls sehr gut.

Falls Sie Immobilien in Genossenschaften umwandeln möchten, können Sie sich gerne im INWO-Büro melden: Telefon 056 426 60 90 oder per Mail buer@inwo.ch. Wir vermitteln fachkundige Genossenschaftsgründer, welche gerne ihr Wissen weitergeben.

Monica Gassner

Genossenschaften – ein Erfolgsmodell

Die Schweizer sind ein Volk von Genossenschaftern. Kein Wunder – sind sie doch in der Eidgenossenschaft vereint. Die Genossenschaft ist eine Gesellschaftsform: ein Zusammenschluss von mindestens sieben Personen mit verschiedenen Meinungen, Interessen, Charakteren und unterschiedlichem sozialem Stand, die ein gemeinsames Ziel haben und sich gleiche Rechte und Pflichten

zugestehen. »Hilfe zur Selbsthilfe« ist das hehre Motto der Genossenschaft, und nicht die Gewinnmaximierung.

Viele Schweizerinnen sind Genossenschafter, ohne dass ihnen dies bewusst wäre. Denn auch Grossverteiler, Versicherungskonzerne, Banken und Immobiliengesellschaften sind als Genossenschaften organisiert. Im

Gegensatz zu einer Aktiengesellschaft hat jede Genossenschafterin unabhängig von der Grösse ihres finanziellen Engagements eine Stimme.

Genossenschaften sind fast immer aus einer Notlage entstanden. Menschen haben ihr Schicksal in die Hand genommen, um zum Beispiel Wohnraum oder Orte einer kulturellen Institution der Spekulation zu entziehen.

So geschehen im Jahre 2012 mit dem Trudelhaus, ein Ausstellungsort der bildenden Kunst und der Kulinarik.

Wohnbaugenossenschaft – mehr als Wohnen

Am bekanntesten sind wohl die Wohnbaugenossenschaften. Die meisten haben zum Ziel, günstigen Wohnraum anzubieten.

In einer Wohnbaugenossenschaft zu leben bedeutet viel mehr als einfach eine Wohnung zu mieten. Die Bewohner und Bewohnerinnen sind meistens auch Mitglied

der Genossenschaft und geniessen viele Vorteile und besondere Rechte. Dazu zählen nicht nur ein günstiger Mietzins, sondern auch ein hoher Kündigungsschutz, Mitwirkungsmöglichkeiten und meist eine familienfreundliche, grüne Umgebung. Dies alles bietet eine besondere Art des gemeinschaftlichen Wohnens und eine Mitgestaltung des Umfeldes.

Die ersten Genossenschaften sind im Zeitalter der Industrialisierung entstanden. Die Arbeiter mussten in

prekären räumlichen und hygienischen Verhältnissen wohnen und waren habgierigen Vermietern ausgesetzt. Sie schlossen sich zusammen, um gemeinsam die Not zu überwinden. Sie gründeten die ersten Genossenschaften.

Rolf Wagner,
Präsident der Genossenschaften
Trudelhaus in Baden
und wogono Aargau
<http://trudelhaus-baden.ch/>



SCHWEIZ

Volksinitiative »Mehr bezahlbare Wohnungen«



Trotz reger Bautätigkeit herrscht in der Schweiz Wohnungsnot. Die Mietpreise schiessen in den Städten und Agglomerationen ungebremst in die Höhe. Familien, ältere und junge Menschen finden keine bezahlbare Wohnung mehr. Der Bundesrat bleibt untätig. Die Volksinitiative »Mehr bezahlbare Wohnungen« will Gegensteuer geben. Sie verpflichtet Bund und Kantone den preisgünstigen Wohnungsbau zu fördern und entzieht den knappen Wohnraum der Spekulation und dem Renditedruck. Energetische Sanierungen sind wichtig, doch eine Subventionierung von Luxusumbauten darf nicht sein.

Faire Miete statt Spekulationsgewinne

Der Bund und die Kantone müssen in der Wohnpolitik aktiv werden. Mit der Förderung preisgünstiger Mietwohnungen helfen sie mit, die Wohnungsnot zu lindern. Dazu müssen sie Darlehen sprechen und den Zugang zu Bauland erleichtern. Gemeinden und Kantone können ein Vorkaufsrecht einführen, damit mehr zahlbarer Wohnraum entsteht.

Gemeinnütziger Wohnungsbau statt Wohnungsnot

Wohnungen von Genossenschaften oder der öffentlichen Hand sind der Spekulation entzogen. Sie sind 20 bis 25 Prozent günstiger als durchschnittliche Mietwohnungen. So helfen sie mit, dass breite Bevölkerungsschichten zahlbaren Wohnraum finden. Der Anteil der gemeinnützigen Wohnungen nimmt in der Schweiz seit 30 Jahren ab. Die Initiative verlangt jetzt eine stetige Erhöhung des Anteils dieser Wohnungen. Eine von zehn neu gebauten Wohnungen soll gemeinnützig sein. Dies bedeutet eine knappe Verdoppelung gegenüber heute.

Subventionsstopp für Luxusumbauten

Energetische Sanierungen sind wichtig und Fördergelder helfen mit, diese finanziell tragbar zu machen. Leider erhalten aber auch Eigentümer Subventionen, wenn sie ihren Mietern kündigen oder ihre Liegenschaften luxuriös umbauen und damit ihre Rendite weiter steigern. Das will die Initiative unterbinden.

Zahlbare Wohnungen statt Lofts auf SBB-Arealen

Auf den Arealen des Bundes und bundesnaher Betriebe sollen preisgünstige Wohnungen entstehen können. Heute sind die SBB einem starken Renditedruck unterworfen und realisieren Projekte im Hochpreissegment. Die Initiative will dies ändern und zahlbaren Wohnraum auf SBB-Grundstücken ermöglichen.

Weitere Informationen zur Volksinitiative gibt es hier:

Wohn-Initiative

Postfach 1163
3000 Bern 23
T: 031 301 90 50 xx
www.bezahlbare-wohnungen.ch

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf!

Postadresse:
INWO Schweiz
Postfach 3161
5430 Wettingen 3

Tel.: 056 - 426 60 90
E-Mail: buero@INWO.ch

Gemeinnützige Spenden

Mit einer namhaften Spende auf das Förderfonds-Konto bei der Freien Gemeinschaftsbank erweitern Sie unsere Möglichkeiten, uns für eine natürliche Wirtschaftsordnung einzusetzen und das freiwirtschaftliche Gedankengut zu fördern.

Mit einer INWO-Projektspende können Sie ein Ihnen wichtiges Anliegen direkt unterstützen. Alle diese Spenden sind steuerabzugsberechtigt.

PC 40-963-0
Förderfonds
Freie Gemeinschaftsbank,
Gerbergasse 30,
4001 Basel
IBAN: CH26 0839 2000 0282 2031 5
Vermerk (wichtig!):
INWO-Spende

GLS-Geldgipfel 2016

Am 21. und 22. Mai fand der zweite Geldgipfel der GLS-Bank in der Universität Witten-Herdecke statt, diesmal unter dem Motto »Homo civilis et oeconomicus – Vom Fußabdruck zum Handabdruck«.

Der Geldgipfel ist ein wichtiges Event für Menschen, die die Wirtschaft wieder in den Dienst realwirtschaftlicher, sozialer und kultureller Bedürfnisse stellen wollen.



Der homo oeconomicus wurde nie geboren. Er ist gemacht worden«, sagte Lukas Beckmann, Vorstand der einladenden GLS Bank Stiftung, zur Eröffnung. Durch ihn seien wir heute mit zahlreichen Problemen konfrontiert. Die Flüchtlingsfrage habe zum Beispiel sehr viel mit dem Geldsystem und dem europäischen Finanzsystem zu tun. Daher sei der Geldgipfel »kein Fest«, sondern eine ernste Veranstaltung. »Braucht nicht die Wirtschaft die Hilfe der Gesellschaft, um aus dieser Lage wieder herauszukommen?«

Auch Prof. Dr. Rudolf Wimmer, Vizepräsident der Universität Witten-Herdecke, malte in seiner Begrüßungsansprache ein düsteres Bild. Die Krise sei noch immer nicht überwunden. Der Verschuldungsgrad der privaten und öffentlichen Haushalte sei beunruhigend. Es gebe eine beängstigende Zunahme an rechtspopulistischen Bewegungen. Ein Teil der Unternehmen spare nun und habe seine Eigenkapitalquote verdoppelt, während Unternehmen, die Kapital benötigten, aber nicht ausreichend Sicherheiten hätten, kein Geld bekommen, weil die Banken sich vor den Risiken scheuten. Wohnraum in attraktiven Lagen

werde unerschwinglich. Damit riss er schon die Problemfelder an, die auch für uns Freiwirtschaftler entscheidend sind.

Geld und Kapital unterscheiden

Dazu passte auch der Hauptvortrag des Vormittags, den die taz-Journalistin Ulrike Herrmann hielt: »Wie der Kapitalismus das Geld verändert hat«. Herrmann machte auf ihre energische Art deutlich, dass Geld und Kapital nicht das Gleiche sind, obwohl sie oft synonym verwendet werden. Was sehr freiwirtschaftlich klingt, resultierte aber letztlich doch wieder in einer marxistischen Analyse. Sie hat Recht, wenn sie sagt, dass unser heutiges Geld Kreditgeld ist, das in dem Moment entsteht, in dem neue Kredite vergeben werden. Doch den damit verknüpften Zins

ne hätten die Engländer damals erstmals in Maschinen investiert. Dadurch habe sich die Weltgeschichte verändert: »Das Kapital einer Gesellschaft sind Maschinen und technischer Fortschritt«, so Herrmann. Kredite habe es auch schon in der Antike gegeben, zum Beispiel zur Finanzierung des Fernhandels, wobei der Zins aus Arbitragegewinnen zwischen Einkauf und Verkauf bezahlt wurde (auf wessen Kosten, Frau Herrmann?), oder Konsumentenkredite für reiche römische Senatoren, wobei der Zins aus den laufenden Einnahmen der Latifundien bezahlt wurde (Wer hat dafür gearbeitet, Frau Herrmann?); oder auch Notkredite bei Missernten, wobei die Zinsen dann auch in Form von Waren gezahlt werden konnten (Wer musste doppelt schuften, Frau Herrmann?). Das entscheidende Neue seien im 18. Jahrhundert die Investitionskredite in Maschinen und Technik gewesen. Und diese Investitionen kämen nur zustande, wenn die Löhne hoch seien – das verstünden viele Kapitalisten bis heute nicht. »Das gesamte Wachstum, das wir haben, ist kreditfinanziert«, so Herrmann. Das findet sie solange unproblematisch, wie in Produktionsanlagen investiert wird, und verstieg sich sogar zu der Aussage »Zinsen sind nicht schädlich, solange es Wachstum gibt.« – Wie viel Leid schon entsteht, wenn diese Zinsen unfreiwillig erbracht werden müssen, blendet Ulrike Herrmann leider aus.

Doch sie sieht wohl, dass die zunehmenden »Investitionen« (besser: Spekulationen) in Aktien oder in bereits bestehendes Vermögen (wie bestehende Immobilien) die Situation sehr verschlimmert haben. Seit Anfang der 1980er habe sich so eine Superblase aufgebaut, die nach Beginn der Krise noch längst nicht abgesaugt sei: »Die Geldvermögen schwabbeln noch in der Gegend rum.« Als Lösung schlägt Ulrike Herrmann daher vor, die Kreditvergabe zu kontrollieren, damit nicht auf Kredit spekuliert wird. Wege dahin wären, den Banken die Geldschöpfung wegzunehmen (durch Vollgeld) oder den Banken zwar die eigenständige Kreditvergabe zu belassen, aber sie rigoros zu regulieren, Derivate zu reduzieren und die Eigenkapitalanforderungen auf 20% zu erhöhen.

Ulrike Herrmann ist eine kluge Frau und hat viel Richtiges gesagt, in ihrer Analyse und den



hält sie an sich nicht für problematisch. »Wie das mit dem Zins geht, wussten die Mesopotamier auch schon«, aber Geld und Zins allein schafften noch kein Wachstum. Das Wachstum und damit der Kapitalismus wären erst um 1760 in England entstanden, behauptete die Wirtschaftshistorikerin unter Berufung auf Robert C. Allen. Wegen der hohen und nicht mehr konkurrenzfähigen Löh-

ne hätten die Engländer damals erstmals in Maschinen investiert. Dadurch habe sich die Weltgeschichte verändert: »Das Kapital einer Gesellschaft sind Maschinen und technischer Fortschritt«, so Herrmann. Kredite habe es auch schon in der Antike gegeben, zum Beispiel zur Finanzierung des Fernhandels, wobei der Zins aus Arbitragegewinnen zwischen Einkauf und Verkauf bezahlt wurde (auf wessen Kosten, Frau Herrmann?), oder Konsumentenkredite für reiche römische Senatoren, wobei der Zins aus den laufenden Einnahmen der Latifundien bezahlt wurde (Wer hat dafür gearbeitet, Frau Herrmann?); oder auch Notkredite bei Missernten, wobei die Zinsen dann auch in Form von Waren gezahlt werden konnten (Wer musste doppelt schuften, Frau Herrmann?). Das entscheidende Neue seien im 18. Jahrhundert die Investitionskredite in Maschinen und Technik gewesen. Und diese Investitionen kämen nur zustande, wenn die Löhne hoch seien – das verstünden viele Kapitalisten bis heute nicht. »Das gesamte Wachstum, das wir haben, ist kreditfinanziert«, so Herrmann. Das findet sie solange unproblematisch, wie in Produktionsanlagen investiert wird, und verstieg sich sogar zu der Aussage »Zinsen sind nicht schädlich, solange es Wachstum gibt.« – Wie viel Leid schon entsteht, wenn diese Zinsen unfreiwillig erbracht werden müssen, blendet Ulrike Herrmann leider aus.

daraus gezogenen Schlussfolgerungen konnte sie allerdings nicht wirklich überzeugen, da sie andere entscheidende Punkte noch übersehen.

Freihandel, der unfrei macht

Ebenso interessant war der Vortrag von Nora Bauer, die über die »EPAs – Europas TTIPs« referierte. Breite Teile der Bevölkerung protestieren momentan gegen TTIP und CETA, die »Freihandels«-Abkommen mit den USA und Kanada, während die EU mit den Economic Partnership Agreements (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) mit den afrikanischen Ländern den gleichen Schmu treibt: »Es geht darum, wie wir in der nördlichen Hemisphäre auf Kosten der anderen Menschen leben«, machte Bauer deutlich. Langfristig würden die Flüchtlingszahlen aus Afrika weiter zunehmen. »Die meisten Flüchtlinge sind Bauern, die von der europäischen Produktion vom Markt gefegt werden« – in Europa angekommen, arbeiten sie dann beispielsweise auf italienischen Tomatenplantagen, von wo aus Konserven nach Afrika geliefert werden. Als besonders krasses Beispiel erwähnte Bauer die im wahrsten Sinne krankmachende Praxis der Exporte tiefgekühlter Hähnchen aus Europa nach Afrika, die dort billiger angeboten werden, als das Frischfleisch der afrikanischen Hühnerhalter – und das bei fehlenden Kühlvorrichtungen. Mit den subventionierten Produkten aus Europa können die afrikanischen Produzenten nicht mithalten. Während ein europäischer Bauer 3 % Zinsen zahlt, zahlt ein afrikanischer 30 %. Die Situation der afrikanischen Staaten rührt immer noch von der Kolonialzeit her. Afrika ist ein an natürlichen Ressourcen ungeheuer reicher Kontinent. Aber: »Irgendetwas versperrt den Menschen den Weg zum natürlichen Reichtum der Ressourcen in Afrika«, so Bauer. Schulden aus der Kolonialzeit blieben nach Erreichen der Unabhängigkeit bestehen. Die Fixierung auf den Export von Rohstoffen ist ebenfalls ein koloniales Erbe und macht die Staaten anfällig für Preisschwankungen im Weltmarkt. Ghana beispielsweise war 25 Jahre nach der Unabhängigkeit pleite, vor allem weil die Kakaopreise fielen. Ab 1983 kam es in die Abhängigkeit von IWF-Krediten, aber natürlich nur gegen Auflagen wie Privatisierung der ehemals verstaatlichten Betriebe oder Untersagung von Schutzzöllen. Mit Ausnahme von Eritrea, Namibia und Südafrika haben alle Staaten Afrikas Kredite beim IWF aufgenommen und alle diese Staaten haben Strukturanpassungsprogramme erdulden müssen. Eine Industrieproduktion für die heimischen Märkte wurde Afrika nicht zugestanden. »So werden die Arbeitsplätze mit den Rohstoffen nach Europa exportiert.« Dabei machten nunmehr die BRICS-Staten den Europäern Druck. Das Handelsvolumen der wachsenden Ökonomien von Brasilien,

Geplanter »GLS Beitrag« ist der falsche Weg!

Erfreulich für die INWO war, dass unser Thema »Negative Zinsen – was folgt daraus für die Banken?« vom Heftrücken der Juni-FAIRCONOMY beim Geldgipfel als Gesprächsangebot für den Abend angekündigt wurde. So konnte unser langjähriges Mitglied Norbert Schneider in einer interessierten Runde hierüber diskutieren.

Weniger erfreulich ist, dass der GLS-Vorstand diesen Heftrücken offenbar noch nicht gelesen oder nicht berücksichtigt hat, denn inzwischen wurde auf der Jahresversammlung ein »GLS Beitrag« vorgestellt: Von allen Kundinnen und Kunden über 28 Jahren soll in Zukunft ein Jahresbeitrag von 60 Euro erhoben werden. Eine solche pauschale Gebühr belastet kleine Konten unverhältnismäßig und subventioniert reiche Anleger. Der falsche Weg!

Richtig wäre ein prozentualer Negativzins, abhängig von der Höhe der Guthaben, wie es die Alternative Bank Schweiz vormacht (www.abs.ch). Es ist zu hoffen, dass viele GLS-Genossen auf der für Ende des Jahres angekündigten außerordentlichen Generalversammlung gegen diesen pauschalen GLS-Beitrag stimmen werden.

China, Russland, Südafrika und Indien mit Afrika ist inzwischen fast so groß wie das zwischen der EU und Afrika. Die EPAs sollten eigentlich schon 2008 in Kraft treten, aber es sei verständlich, dass die afrikanischen Länder diese nicht unterschreiben wollten. Nora Bauer forderte daher: Das Ungleichgewicht in den Handelsverträgen muss in den Fokus gerückt werden. Die Beziehungen zu Afrika müssen entkolonialisiert werden. Entwicklung muss neu definiert werden.

Verteilung organisieren!

Am Nachmittag wurden verschiedene interessante Workshops angeboten. Ich besuchte den mit dem Titel »Eigentum verpflichtet«. Unter anderem wurde hier hinterfragt, warum Unternehmen so handelbar sind, wo es sich doch um Zusammenschlüsse von Menschen handelt. Eine neue Form der Sklaverei?

Das Highlight am Abend war dann der Vortrag des Vorstandspräfers der GLS, Thomas Jorberg: »Geld, das nicht gebraucht wird – Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen der Nullzinspolitik«. »Marktwirtschaftlich haben wir es mit einem Überangebot an Geld zu tun«, so Jorberg, »das ist durch die Notenbanken noch verstärkt worden, aber nicht verursacht.« Die Probleme entstünden jedoch nicht wegen der Kreditvergabe, sondern we-

gen der sinkenden Rentabilität. Dabei sei es für Kleinsparer nicht existenziell bedrohlich, ob sie 0,1 % oder 2 % Zinsen bekämen. Kritik an der Negativzinspolitik wie »Der Sparer wird enteignet« sei Unsinn. Bei der Fülle an Geld sei es kein Wunder, dass das Quantitative Easing der Notenbanken völlig ins Leere laufe. »Diese Politik muss zum Scheitern verurteilt sein«, so Jorberg.

Die Erscheinung, dass wir in einem Markt zu viel haben und dass der Markt damit nicht zurechtkommt, hätten wir auch anderswo: zum Beispiel ein Überangebot an Kleidung, Mobilität, Energie. »Wir wollen die Übergewichtigen weiter ernähren«, brachte es Jorberg bildlich auf den Punkt. »Dieses System kann mit Überangebot nicht umgehen, es versagt. Es ist nicht in der Lage, die Verteilung zu organisieren.« Dabei biete das Erreichen der Grenzen der Leistungsfähigkeit dieses Systems Riesenchancen: »Wie wir in Zukunft leben wollen und was wir für Wohlstandsfortschritt halten, bedarf demokratischer Prozesse.« Und: »Entscheidend ist, welcher Sinn gestiftet wird mit einem Investment.« ■

Beate Bocking

Eine Dokumentation des Geldgipfels 2016 gibt es hier: www.glsbankstiftung.de/besucherinnen/geldgipfel-2016/



INWO: Wir befreien das Geld!

An: inwo@inwo.de
Betreff: HIIIIILFE!!
Datum: Fri, 26 Aug 2016 14:19:17 +0200

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie zwingen mich zum Geldausgeben, weil die Renditen so niedrig sind !

Mit verärgerten Grüßen

D. Duck

Dagobert Duck
Portfolio-Manager Duck Capital
Am Geldspeicher 1
12345 Entenhausen

An: Dagobert.Duck@DuckCapital.com
Betreff: Re: HIIIIILFE!!
Kopie an:

☐ Lesebestätigung ☒ Ausgangskopie ☐ Verschlüsseln...
☐ Zustellbestätig. ☐ Dringend ☒ Formatiert Sig: Keine Signatur

f A ^ F K U A

Sehr geehrter Herr Duck!

Ja, genau! Das ist genau der beabsichtigte Effekt. Darum dreht sich die aktuelle Geldpolitik. Sie wirkt, wenn Sie lieber ausgeben, anstatt zu sparen.

Die Zinsen sollten mithilfe einer Gesell'schen Bargeldhaltegebühr noch weiter sinken, damit die reale Wirtschaft und mit ihr die Menschen tatsächlich die positiven Auswirkungen spüren können.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre INWO

Von: Dagobert Duck <Dagobert.Duck@DuckCapital.com>
An: inwo@inwo.de